

Europa
Was geschieht in der Alten Welt?
Round table am 7. Oktober 2003

Veranstalter: In unserer Reihe steht heute Europa auf dem Programm. Nie ist die Trennung zwischen Gesellschaften und Regierungen so deutlich zu Tage getreten, zumindest auf europäischer Ebene, wie anlässlich der Demonstrationen am 15. Februar dieses Jahres, die sich gegen die geplante Kriegführung im Irak richteten. Wie es heute mit dem europäischen Einigungsprozess steht, ob er überhaupt stattfindet und in welcher Form, welche Rolle die EU derzeit in den politischen und ökonomischen Krisensituationen weltweit spielen kann, darüber wird die heutige Diskussion einigen Aufschluss geben. Dabei wird natürlich auch insbesondere die Rolle der Bundesregierung unter die Lupe genommen. Ich übergebe nun das Wort an Dagmar, die Moderatorin des heutigen Abends, die die Referenten noch im einzelnen kurz vorstellen wird.

D: Ich hoffe für den heutigen Abend auf eine spannende Diskussion. Es geht, wie Uli ja schon sagte, um den Weg Europas. Wir sehen auf der einen Seite, wie die Militärhaushalte aufgerüstet werden und auf der anderen soziale Errungenschaften abgebaut werden. Wir diskutieren heute abend mit Corinna Hauswedell, Mitarbeiterin beim Bonner Internationalen Konversionszentrum und Verfasserin ...

C:Mitverfasserin

D: ...pardon, Mitverfasserin des deutschen Friedensgutachtens 2003. Sie wird vor allen Dingen das Solana-Papier kritisch würdigen. Beginnen wird Werner Rätz von der ila mit der Frage: Ist der EU-Imperialismus pazifistischer als die USA, oder welche Interessen stecken hinter seinem Auftreten. Danach wird Manni Stenner die Strategien der Friedensbewegung und ihr Dilemma erläutern, und ich erhoffe mir davon auch, dass wir ein wenig von der reinen Analyse zur Frage „Was tun?“ voranschreiten können. Dabei wird uns sicherlich auch Horst Lüdtker von der GEW unterstützen, der aus gewerkschaftlicher Sicht die augenblickliche Europalage darstellen wird. Zunächst jedoch der Input von Werner Rätz

W: Guten Abend. Sieben bis zehn Minuten haben wir bekommen, um diesen großen Bogen zu schlagen. Das wird mir nicht gelingen, aber einige Aspekte werden genannt werden können.

„Wir werden sowohl unsere Verantwortung als auch unsere mitgestaltende Rolle in einer multipolaren Welt des Friedens und des Rechts nur dann umfassend wahrnehmen können, wenn wir das auf der Basis eines starken und geeinten Europas tun. Es geht um die Rolle Europas in der internationalen Politik, aber es geht auch um die Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen. Beides – auch das ist Gegenstand

dieser Debatte – werden wir nur erhalten können, wenn wir wirtschafts- und sozialpolitisch beweglicher und solidarischer werden, und zwar in Deutschland als dem größten Land in Europa, was die Wirtschaftskraft angeht, und damit natürlich auch in Europa. Diesen Zusammenhang zwischen unseren wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten einerseits und unserer Rolle in Europa und Europas Rolle in der Welt andererseits darf man nicht aus den Augen verlieren. Denn er ist für uns und unsere Wirtschaft genauso wichtig wie für unsere Partner in Europa.“ (Gerhard Schröder am 14. März 2003, unmittelbar vor Ausbruch des Irakkrieges, bei der Ankündigung der Agenda 2010)

Auf Deutsch übersetzt: Wir müssen diesen größten Sozialabbau, der je in Deutschland organisiert worden ist, tun, damit wir wieder Großmachtspolitik – im europäischen Kontext natürlich – inszenieren können. In der Friedensbewegung wurde das damals nicht allzu genau wahrgenommen, und in der Friedensbewegung wurde darüber hinaus Gerhard Schröder damals noch als ein wichtiger Repräsentant des Nicht-Kriegslagers wahrgenommen, bei einem Teil unserer europäischen Freundinnen und Freunde ging das so weit, dass wir auf internationalen Treffen offensiv aufgefordert wurden, doch jetzt endlich die Schröder-Regierung massiv und intensiv zu unterstützen. Die Frage nach den Begründungen und Motiven, aus denen sich Regierungen in Europa gegen diesen Krieg ausgesprochen hatten, wurde kaum gestellt, und damit blieb ein großer Teil dieser Bewegung unfähig, über eine Kritik hinauszukommen, die der Regierung vorwarf, dass ihre Kriegsgegnerschaft nicht so ganz ernst gemeint sei. Real war es ja auch so, dass Deutschland beispielsweise als eines der führenden Länder der Nicht-Kriegs-Fraktion erheblich mehr Kriegsunterstützung geleistet hat als beispielsweise Italien, eines der Länder, die den Krieg guthießen. Also auf der Ebene unterhalb der Öffentlichkeit hatte man ohnehin eine Situation, in der die Einigkeit erheblich größer war, als es nach außen dargestellt wurde.

Man hatte es mit einer umgekehrten Inszenierung wie im Jugoslawienkrieg zu tun, wo es im Hintergrund um eine Menge Konkurrenz ging, während man nach außen die Einheit darstellte. Diesmal gab es nach außen den Theaterdonner und nach innen galt die Einheit.

Die nicht gestellte Frage nach den Begründungen und Motiven des Antikriegslagers wird noch ergänzt durch das Nichtstellen bzw. Nicht-zu-Ende-Stellen der Frage nach den Begründungen und Motiven des Kriegslagers. Natürlich war es völlig richtig – ohne das jetzt weiter auszuführen – die USA zu kritisieren für eine aggressive Militärstrategie, die in dieser Form neu ist, seit dem Ende des 2. Weltkrieges, und natürlich ist auch richtig, diese Politik dahingehend zu kritisieren, dass sie dabei ist, über lange Zeit gültige Rechtsnormen außer Kraft zu setzen. Diese Kritik soll überhaupt nicht relativiert werden. Es soll auch nicht abgestritten werden, dass es in diesem Krieg auch um Öl und große Geschäfte ging. Es muss aber die Frage gestellt werden, ob denn Öl und große Geschäfte alleine ausreichen, um derart weitreichende Konsequenzen für das internationale Recht in Kauf zu nehmen wie es die US-Regierung getan hat. Die scheinbar rationalen Zielgrößen Öl und große Geschäfte wären sicherlich auch ohne

Krieg realisierbar gewesen. Worum es ging, war eine ernsthafte und intensive Auseinandersetzung zwischen den führenden kapitalistischen Mächten; worum es ging, war eine Auseinandersetzung um die Definition internationaler Macht.

Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmachtfähigkeit

Man kann die Geschichte der internationalen Beziehungen zwischen 1945 und 1990 auch als eine Geschichte des langsamen Wiederaufstiegs Deutschlands zu politischer und ökonomischer Weltmachtfähigkeit sehen. Das ging sehr langsam in einem Prozess, in dem Deutschland eng eingebunden blieb in das westliche Bündnis und in die EU. Das war ein Prozess, der ja machtmäßig auf Kosten der alliierten Bündnispartner ging, und der funktionierte nur durch enge Einbindung an die westliche Allianz, Beschränkung der militärischen Rolle und Fernhalten von atomarer Aufrüstung. Spätestens seit 1990 beginnt die BRD an der Beseitigung der genannten Beschränkung ihrer militärischen Rolle zu arbeiten. Heute führen deutsche Soldaten auf der halben Welt Krieg, und Deutschland – so kann man die Geschichte der 90er Jahre deuten – ist langsam auf die Schlachtfelder der Welt zurückgekehrt.

Noch im Krieg in Kosovo/Jugoslawien ging es der BRD im wesentlichen darum, diesen Prozess voranzutreiben, zu vollenden und als Bundeswehr an einem realen Krieg beteiligt zu sein. Dafür nahm man in Kauf, dass die USA sich in eine scheinbar europäische Angelegenheit einmischten – tatsächlich tat man alles, damit ihre Rolle nicht zu bedeutsam wurde. Im Irakkrieg hatten sich die Bedingungen geändert. Entscheidend dabei war, dass aus der Wahlkampfidee: „Lasst uns doch mal gucken wie sich das macht, wenn wir unsere Politik als Friedenspolitik verkaufen“, die Schröder irgendwann im letzten Sommer hatte, dass sich diese Wahlkampfidee sehr schnell als eine Position herausstellte, mit der man internationale Blockbildung betreiben konnte. Es gab dafür Beifall, weit über die innenpolitische Öffentlichkeit hinaus. Es gab dafür massive Unterstützung bis weit in die Friedensbewegung hinein. Mohsen Masserat, langjähriger Friedensaktivist und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac, schrieb dazu in der Wochenzeitung „Freitag“: „Die absolute Weltherrschaft der USA wird hinsichtlich ihrer flächendeckenden Auswirkungen auf das Zusammenleben der Völker, auf die Verstärkung globaler Ungerechtigkeiten und Umweltkrisen imperialistischer sein als alle bisher in der Weltgeschichte bekannten Systeme. An dieser Entwicklung ist Europa selbst nicht unbeteiligt. Europa hat Amerikas Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien nicht verhindert sondern mit unterstützt und ihn trotz der damit einhergehenden Verletzung des Völkerrechts legitimiert. (Die Wirklichkeit war umgekehrt: Europa führte den Krieg und hat die USA später reingezogen) So hat Europa im Jugoslawienkrieg indirekt Amerikas Streben nach der absoluten Weltherrschaft zu Lasten des eigenen Anspruchs auf die multilaterale Weltordnung den Weg bereitet. Innerhalb der deutschen SPD wurde dieser Fehler erkannt. Die Kurskorrektur im Fall des Irakkrieges durch ein klares Nein zu neuen Kriegsvorhaben der Vereinigten Staaten war ein wichtiger Schritt für eine europäische eigenständige Außen- und Friedenspolitik.“ Das

hätte auch von Gerhard Schröder sein können, kommt aber mitten aus der Friedensbewegung.

Nicht Friedenspolitik, sondern Interessenpolitik

Die Vorstellung, wir hätten es mit einer Friedenspolitik zu tun, war also weit verbreitet. Dabei ging es tatsächlich wie gesagt um eigene Interessen. In der internationalen Machtauseinandersetzung ist es längst so, dass keine ernsthafte politische Kraft in keinem der großen kapitalistischen Länder daran denkt, die internen Konkurrenzen militärisch auszutragen. Niemand in den USA, niemand in Europa käme auf die Idee gegeneinander Krieg zu führen. Trotzdem sind die internen Rivalitäten nicht ausgeräumt, und trotzdem gibt es Auseinandersetzungen darum, wie definiert sich jemand Mächtiges in diesem System der Auseinandersetzung und des gemeinsamen Interesses. Und da setzten die USA im Irakkrieg auf das, was sie am meisten haben und was sie am besten können, auf das Militär, und da setzte die Bundesregierung und die französische Regierung und die russische und die chinesische auf die Bedingungen, die sie besser beherrschen und von denen sie mehr haben. Man konnte sich als Friedenskraft inszenieren, man konnte sich als Wahrer des internationalen, des Völkerrechts, als Wahrer der Rolle der UNO inszenieren. All das kam den unterschiedlichen Ländern in unterschiedlicher Weise zugute.

Die Nichtkriegspolitik dieser Länder war genauso von imperialen Großmachtinteressen getragen wie die Kriegspolitik der USA und ihrer Verbündeten. Das ist auch das, was Schröder in seiner Rede vom 14. März so gesagt hat. Das hat er in der Regierungserklärung im Juli nach Kriegsende, und immer noch zum Thema 2010, nochmal entsprechend wiederholt im Bundestag.

Wir haben es bei der EU mit einer Entwicklung zu tun, die unterhalb des gemeinsamen Interesses an der Aufrechterhaltung der gegebenen weltweiten Ausbeutungsbedingungen, des Kapitalismus als einzig denkbarer Systemalternative, die Widersprüche und Konkurrenzen zu den USA manifest werden lassen und ebenso die Konkurrenzen und Widersprüche untereinander. Dem wäre im Einzelnen noch nachzugehen, dafür fehlt aber die Zeit.

Die unterschiedlichen Rollen der unterschiedlichen europäischen Mächte könnten, wenn man sie genau anschaut, eine Menge Aufschlüsse geben. Diese ganze Politik lässt sich heute nur als Standortwettbewerb, als Konkurrenz um die besseren Standortbedingungen definieren, und die Konkurrenz um die besseren Standortbedingungen ist gleichzeitig die Konkurrenz um die schlechteren Lebensbedingungen der Menschen. Insofern ist die Auseinandersetzung um die totale Zerstörung des Sozialstaats, die mit der Agenda 2010 anliegt, gleichzeitig auch eine Auseinandersetzung um die Schwächung der imperialen Rolle der EU und eine Auseinandersetzung um die Frage von Krieg und Frieden.

D: Vielen Dank, Werner. Es stellt sich natürlich auch die Frage, wie das teilweise legitimiert wird. Wir beobachten ja, dass zur Zeit die Bundeswehr in eine Interventionsarmee umgebaut wird oder dass Ministerpräsident

Steinbrück die Kürzungen im NRW-Haushalt z.B. damit begründet, dass man ja den internationalen Terrorismus bekämpfen müsste. An Corinna daher die Frage, welche Strategie die EU verfolgt, was der Aufbau der EU-Eingreiftruppe zu bedeuten hat, und welche Bedeutung die Tatsache hat, dass der ehemalige Nato-Generalsekretär Solana heute Beauftragter für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist.

C: Ich will eine etwas allgemeinere Vorbemerkung machen und habe meinen kurzen Beitrag überschrieben mit „Neue Sicherheit im Alten Europa?“. Das wird anknüpfen an das, was Werner ausgeführt hat, und in einem zweiten Schritt werde ich das Papier, das Solana auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki vorgestellt hat, ein wenig kontrastieren mit den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung. Damit soll versucht werden, sowohl innerhalb der EU einige Überlegungen der sicherheitspolitischen Eigenprofilierung zu zeigen und diese dann runterzuberechnen auf die Ebene der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik. Ich beginne also mit der allgemeinen Vorbemerkung:

Die Wirkung des 11. September wurde unterschätzt

Der Einschnitt des 11. September, und ich sage das auch durchaus mit einem kritischen Innenblick in die Diskussionen, in denen ich mich vor allem bewege, nämlich im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung, und vor allem seine Folgen, die sicherlich am virulentesten mit dem Irakkrieg vor unsere Augen getreten sind, sind sehr ernst zu nehmen. Ernster, als wir es vielleicht am Anfang sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus politischer Sicht gedacht haben. Es gab durchaus ja auch Debatten kurz nach dem 11. September: Wie wichtig ist dieser Einschnitt wirklich, da hängt ein ganzes Bündel von Erklärungsversuchen dran. Ich denke, wir müssen, auch nach einem Abstand von zwei Jahren, diesen Einschnitt sehr ernst nehmen, ebenso ernst wie den Einschnitt von 1989/90 – vielleicht etwas weniger idealistisch –, der ja auch bereits beides war, nämlich ein Abschied von einer Kriegs- besser Kalten Kriegsformation damals in einer sehr bipolaren Weltordnung und den Einstieg in die Globalisierung, die inzwischen mindestens zehn weitere Jahre Realitäten erzeugt hat.

Es ist (unter dem Rubrum des Anti-Terrorkampfes) ein internationaler Streit um die (Neu)Definition der Sicherheit – zwischenstaatlich und gesellschaftlich – entbrannt.

Die jetzt offen zutage liegende transatlantische Krise (die ihre Vorgeschichte und Vorläufer im und am Ende des Ost-West-Konfliktes hatte) ist Ausdruck davon.

Es geht um Macht, und da teile ich vieles von dem, was Werner gesagt hat, und durchaus im Sinne der klassischen Beschreibung des Terrorismus, um den Umgang mit der Provokation der Macht, insofern als der internationale Terrorismus – diese These würde ich gerne in die Debatte bringen – weniger grundsätzlich Neues als Form des politischen Agierens in der internationalen Szene hat als versucht wird uns zu verkaufen. Es handelt sich also um eine Auseinandersetzung um Macht (politisch, ökonomisch und kulturell) und die Einführung eines Konzepts präemptiver Militärintervention, gestützt auf

unilaterales Handeln durch die Supermacht ruft nicht automatisch das – ja durchaus vorhandene – Gegenmodell nationaler und internationaler Zivilmacht auf den Plan. Im Gegenteil. Militärisches Handeln scheint sich einen dominanten Platz für Krisenbewältigung zurückzuerobern (auch in Europa).

Die sicherheitspolitische Konkurrenz in der globalisierten Welt, wie ich das einmal nennen möchte, organisiert sich nach wie vor vorwiegend entlang nationaler Ansprüche und Interessen, ob es einem gefällt oder nicht, und auch wenn wichtige andere Elemente und Muster der Globalisierung in eine transnationale und nichtstaatliche Richtung weisen.

USA und EU (wie mit Einschränkung auch andere Regionalmächte: Russland, China, Japan, Indien) sind zentrale globale Akteure geworden, die um Einfluss und Zielbestimmung der Globalisierung (nicht nur im Mittleren Osten und Zentralasien, aber dort besonders) ringen. Wohin geht die Reise im Rahmen der EU bzw. in der BRD?

Ich komme damit zum Blick auf die gegenwärtige EU-Diskussion über Sicherheitspolitik, das Solana-Papier und später auf die verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD.

Zum Solana-Papier

Das Papier „A Secure Europe in a Better World“, das Javier Solana im Juni auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki vorgelegt hat, ist für die Kürze der Zeit (im Vergleich zur *National Security Strategy* der USA, die in etwa 20 Monaten entwickelt wurde) und die Größe der Aufgabe ein beachtliches, wenn auch aus der Sicht der Friedens- und Konfliktforschung (FuK) und in diesem Bereich arbeitender NGO kritikwürdiges Dokument. Positiv möchte ich gerne nennen, dass das Gewicht dieses Papiers auf zivile Prävention und Multilateralismus orientiert. Das ist durchaus ein Versuch, sich abzugrenzen, wenn das auch nicht explizit in Abgrenzung zur *National Security Strategy* der USA erfolgt. Offen ist allerdings, ob der Anspruch des Papiers, der sich auch im Titel niederschlägt, eher dahin geht, ein sichereres Europa zu bekommen oder einen Beitrag zu einer sicheren Welt zu leisten.

Ich will die Kritik an drei Punkten festmachen. Das ist nicht alles auf meinem Mist gewachsen. Wir diskutieren im Augenblick mit einigen NGO, die in Brüssel im Rahmen der EPLO zusammenarbeiten, und versuchen ein alternatives Positionspapier zu dem öffentlich diskutierten Solana-Papier zu entwickeln, und dabei geht es vor allem um drei Punkte.

1. Analyse der neuen Bedrohungen
2. Strategische Zielbestimmung für Europa
3. Schlussfolgerungen für die praktische Politik

Die Kritik macht sich dabei an Folgendem fest. Wir erleben in dem Papier eine gewisse Angleichung oder den Versuch, die Bedrohungsanalyse der USA, also in erster Linie den internationalen Terrorismus, zweitens die Massenvernichtungswaffen bzw. die Gefahr ihrer Verbreitung und drittens die Szenarien so genannter „failed states“, also gescheiterter staatlicher Regierungsbildung, aufzunehmen. Trotzdem gelingt es wegen der bloßen Nebeneinanderstellung so genannter alter globaler Probleme, also Armutsbekämpfung etc., und der neuen Gefahrenpotentiale, die ich gerade

dargestellt habe, dem Solana-Papier nicht, diese beiden Bereiche irgendwie zu integrieren. D.h., es wird nicht deutlich, wie denn diese sogenannten alten globalen Probleme in einem Kontext mit den neuen Bedrohungen zu sehen sind. Für die Schlussfolgerungen hat das die Auswirkung, dass strategische Zielsetzungen dessen, was Europas Beitrag sein kann im Umgang mit diesen Bedrohungen, entsprechend selektiv bleiben. Also es wird verzichtet auf ein umfassenderes Konzept von Sicherheitspolitik, wie es zum Beispiel in der internationalen Diskussion im Augenblick mit dem Begriff der human security gefasst wird, die sowohl diese sogenannten globalen Risiken und Bedrohungen analysieren, aber auch neue Faktoren wie den internationalen Terrorismus.

Es handelt sich also um eine unzureichende Parallelisierung der beiden Szenarien und um eine Annäherung an die US-Strategie.

Zweiter Punkt: Präemptive Militäreinsätze werden zwar versus zivile Prävention und Krisenintervention dargestellt, aber es gibt keinen Kriterienkatalog, es gibt nicht so etwas wie eine Abgrenzung, die z.B. –wenn man mal einen gemäßigten Standpunkt einnehmen will – zumindest das Militär als ausschließlich letztes Mittel ansehen würde. Eine solche Definition gibt es nicht, sondern die beiden Bereiche werden relativ stark nebeneinander entwickelt.

Abrüstung nur bei den anderen

Das dritte, was vor allem auch in der Arbeit, aus der ich komme, aus der Friedens- und Konfliktforschung, meines Erachtens zu wenig berücksichtigt wird: Abrüstung als eine der Konzeptionen, die sich im Rahmen des Ost-West-Konflikts, aber auch in den 90er Jahren als wesentliche Antwort auf militärisches Übergewicht, auf militärische Bedrohungen entwickelte, findet im Rahmen des Solana-Papiers eigentlich nur Eingang, indem gesagt wird: Abrüstung ist Ziel von so genannten joint operations, also es geht um die Abrüstung der anderen in dem Papier, natürlich der konfliktträchtigen Regionen, wo Terroristen ihre Finger am Abzug von Massenvernichtungswaffen haben könnten. Abrüstung wird nicht als strategisches Ziel der EU gegenüber der Welt oder auch für sich selber gesehen.

Man muss das Papier auch in einem größeren Kontext sehen, es gibt ja auch andere Papiere, die im Augenblick in der EU diskutiert werden, z.B. zum Umgang mit der Proliferation usw., mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Dort ist es auch so, dass die französischen und britischen Nuklearpotentiale gar keine Rolle spielen, sondern Abrüstung wird gegenüber anderen und neuen Bedrohungen ins Feld geführt, und dafür werden Operationswege entwickelt. Das halte ich für ganz wesentlich, weil es auch eine Art Abschied nimmt von Lehren, die Europa oder die EU selber ziehen könnte und gezogen haben sollte aus dem Ost-West-Konflikt und anderen Konfliktkonstellationen.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung

Ich will übergehen auf die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien. Die sind am 21. Mai dieses Jahres veröffentlicht worden. Inzwischen ist ja auch einiges darüber geschrieben und analysiert worden. Die VPR, und vielleicht

können wir das tatsächlich später etwas vertiefen, würde ich kritischer sehen als das Solana-Papier. Es hat natürlich eine andere Funktion, es ist der Versuch etwas umzusetzen für die Streitkräfteplanung in der Bundesrepublik und nicht so sehr ein allgemeines Strategiepapier, an dem viele Nationen mitgewirkt haben.

Aber davon mal abgesehen würde ich das Papier aus folgenden Gründen kritischer sehen:

Erstens: Zu Beginn der VPR erscheint die entwickelte Annahme, dass Verteidigung geografisch nicht mehr einzugrenzen ist, vor allem als ideologisch-legitimatorische Krücke ohne politisch-ethische Fundierung welcher Art auch immer. Es gibt einen sehr vagen Umgang mit dem Begriff so genannter asymmetrischer Gefährdungen. Es werden also eine ganze Reihe von neuen Entwicklungen und Gefahren ins Feld geführt, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Richtlinien basieren übrigens insgesamt auf einer ganzen Reihe von Überlegungen der letzten Jahre, z.B. Weizsäcker-Kommission, sie sind also jetzt nicht aus dem Hut gezogen worden. Die Bedrohungsanalyse ist gegenüber dem, was ich zum Solana-Papier gesagt habe, meines Erachtens noch deutlich verwaschener(!). Ich will das an einem Punkt zitieren, denn ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber manchmal hat man ja das Gefühl, dass man über Dinge spricht, die man selber erst mal besser lesen sollte. Als die ganze Debatte über die präemptive US-Strategie anfing, war es so, dass die eigentliche Kenntnis dessen, was da drinsteht, eher nicht so stark entwickelt war. Also wenn man sich das anguckt, was hier in den VPR entwickelt wird, dann kann man sagen, dass angelehnt an die US-Strategie sehr viel von Antiterrorismus die Rede ist und wenig von anderem, es gibt einfach Formulierungen, bei denen der Terrorismus mit angeführt wird für mögliche Krisen, ohne dass deutlich unterschieden wird und ohne dass, was eigentlich in der Friedens- und Konfliktforschung und auch in der Politik eigentlich Kenntnis sein sollte, dass es natürlich sehr viele Konflikte in dieser Welt gibt, die mit Terrorismus gar nichts zu tun haben. Die Verwischung der beiden Bereiche in der Einsatzplanung und Konkretisierung ist meines Erachtens eine sehr gefährliche, nicht nur hinsichtlich der Anpassung an die US-Auffassung, sondern auch vor allem für die eigene Interessen- und Zielbestimmung.

Hinsichtlich des Umgangs mit der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen wird die Rolle multilateraler Rüstungskontrolle und von Verträgen zwar betont, aber es entsteht ebenfalls durch diese starke Anbindung an den Terrorismus eine Verwischung. Die Frage der Standortschließungen und der Wehrpflicht sehe ich im Augenblick eher als strukturellen Nebenschauplatz einer Diskussion, die eigentlich notwendigerweise um die strategische Aufgabenstellung der Bundeswehr gehen müsste. Ich möchte das Anliegen des Friedensgutachtens 2003 unterstreichen, diese öffentliche Debatte auch mit Blick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der BRD jetzt zu führen; es gibt diesbezüglich eine interessante Initiative kritischer Juristen, einen Entwurf für ein Streitkräfte-Aufgaben-Gesetz, das ursprünglich auch mal von Rot-Grün vorgesehen war, jetzt aber im Orkus des Pragmatismus zu verschwinden droht. Ich denke, das

wäre ein Anlass, ich halte in der Tat die Frage der Wehrpflicht, aber auch der Standortschließungen und der geplanten Verkleinerung der Armee für einen Nebenschauplatz, wo eigentlich die strategischen Fragen aus dem Blick geraten.

Wie komplex das Thema ist, zeigt andererseits die Praxis laufender Bundeswehreinmärsche. Dazu ist ja schon einiges gesagt worden. Ich teile das nicht ganz, dass wir uns in der Hälbte der Welt mit Kriegen bewegen, aber die Plätze, an denen die Bundeswehr tätig ist, sind bekannt. Hier erscheint ironischerweise wegen des Handlungszwanges manches klarer und u.U. positiver. Beispiel Afghanistan. Wo gegenwärtig ein dt. Pilotprojekt im Rahmen der sog. *Provincial Reconstruction Teams* im Norden Afghanistans (Kundus) versucht werden soll. Deutschland drängt hier auf Einbindung in ISAF statt *Enduring Freedom* und auf eine stärkere zivile Komponente, den Verbund von Soldaten mit Polizeikräften und entwicklungspolitischen Experten.

Das Thema CIMIC (*Civil-Military Cooperation*) wird ein wichtiges in Zukunft sein.

D: Vielen Dank, Corinna. Wir könnten sicher mühelos einen ganzen Abend mit dem von dir kurz zusammengefassten Thema verbringen, trotzdem gehen wir jetzt weiter und hören mal von Manni Stenner, in welchem Dilemma die Friedensbewegung sich im Moment befindet.

M: Im Moment hier am Tisch in dem Dilemma, die vielen Dinge, die man sagen müsste, so im Kopf zu sortieren, dass es dann nicht ausferts und es vielleicht bei den sieben Minuten bleibt. Anmerkung direkt anschließend an dich, Corinna. Die Bundesrepublik hat es ja jetzt im Rahmen der Nato geschafft, da drängt sie ins Feld, dass diese ganzen Wiederaufbau-Teams jetzt tatsächlich unter Nato-Kommando der UNO und dem Sicherheitsrat angeboten werden, so dass dann Nato-geführte Isaf-Truppen auch diese Einsätze machen. Und die Bundesregierung hat es wohl auch schon geschafft, dass sich dann auch andere Länder mit eigenen Kräften dort beteiligen. Natürlich hat dieser verstärkte Einsatz in Afghanistan, der im Grunde genommen, so sagen es viele humanitäre Organisationen, absolut kontraproduktiv ist, weil, da es eine sichere Gegend ist, u.U. durch bewaffnete Formationen, die dort erst mal suchen müssen, was sie denn eigentlich dort tun sollen – Brunnenbau z.B. – und die Arbeit der humanitären Organisationen vielleicht sogar stören. Im Bezug auf die Sicherheitslage in Afghanistan, die sicher überall ein ganz großes Problem ist, auch im restlichen Land, will ich damit erst mal gar nichts gesagt haben.

Wie können wir kampagnenfähig werden?

Ich will euch kurz sagen, wie diese spezielle Frage Europa-Aufrüstung und Konkurrenz zu der einzigen Supermacht USA innerhalb von Friedensorganisationen rezipiert wird, und dann bin ich eigentlich schon dabei, euch als Experten um Rat zu fragen, weil mein Problem als einer derjenigen, die in einem Dachverband von Friedensgruppen immer danach suchen, wie sag' ich's denn hier in unserer Gesellschaft, den normalen

Leuten, dass sie die Füße hochkriegen müssen, dass da bestimmte Gefahren sind und dass wir kampagnenfähig sein wollen und innerhalb der gesellschaftlichen Diskussion Themen so setzen wollen, dass wir unserer eigenen Regierung Schwierigkeiten bei einem fatalen Weg machen.

P:... Du meinstest wahrscheinlich „Arsch hochkriegen“

M:... Na ja, das hat was mit Marschieren zu tun. Ich hab hier gerade ein Papier von Horst Eberhard Richter vorliegen. Der will am 15. Februar 2004 wie weiland dieses Jahr wieder weltweit überall marschieren und hat dabei auch die weitgehend verdrängte Frage von Atomwaffen aber sicherlich auch diese neuen imperialen Kriege, die die USA führt, als Hauptmotiv im Kopf. Da sind wir schon bei einer Zustandsbeschreibung von Friedensbewegung, da geb ich Werner in Teilen durchaus Recht. Friedensbewegung ist zu einem großen Teil zur Zeit absorbiert davon, in vielen Diskussionsveranstaltungen Lehren aus dem Irakkrieg aufzuarbeiten. Dabei ist sie auch zu einem großen Teil mit dem Feindbild USA beschäftigt – ich sage nicht Antiamerikanismus, das war Schröder mehr als wir – und zwar auch zusammen mit der amerikanischen Friedensbewegung. Wie können wir verhindern, dass als nächstes Iran, Syrien, sonstige Länder auf der Achse des Bösen zu nächsten Kriegszielen werden. Wie können wir die USA stoppen? Ich persönlich, und mit mir auch viele andere in den Friedensorganisationen, finden allerdings als wichtige Lehre aus dem Irakkrieg auch, dass auch eine Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft notwendig ist. Was geht da vor? Notwendig ist eine Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft Mit Schröder – und da gebe ich Werner wieder Recht – und seiner Antikriegs-Rethorik haben wir eine Friedensbewegung hier, in Europa und den USA und woanders auf der Welt global und auf dem Höhepunkt im Februar gehabt, und die hat sich gegen diesen imperialen Krieg der USA gerichtet. Und dabei ist die Gesellschaft auch hier bei den Demos zu einem großen Teil der Stimmung aufgesessen: Die böse USA, und wir Europäer müssen als das alte Europa was dagegen setzen, und da kommen dann zumindest Gefühle, wonach unsere eigene Bundesregierung auch in ihrer Dominanz im europäischen Maßstab sehr wohl eigene machtpolitische und wirtschaftsstrategische Interessen verfolgt, ein bisschen zu kurz. Die Lehre aus dem Irakkrieg, die Rot/Grün zieht, zieht meines Erachtens im Moment auch in dieser Gesellschaft, nämlich dieser USA jetzt auch ein mental mächtiges Europa, das multilateral agiert, aber sich eben auch andere Optionen offen hält, entgegenzusetzen. Der Konkurrenzkampf gegen den Cowboy aus USA, die aus allen internationalen Verträgen ausbrechen können, das Völkerrecht sogar in ihrer eigenen Militärstrategie schon gestrichen haben – sie sagen, wir sind jederzeit berechtigt, vorbeugend gegen mögliche Aggressoren oder Besitzer von MVW Krieg zu führen, dieses Vorrecht nehmen wir uns raus – und da ist jetzt das europäische Rezept: Da müssen wir gegenhalten. Und das wird schon innerhalb unserer Gruppen rezipiert. Und was heißt das? Das heißt die Aufstellung von 60.000 Männern und Frauen in der europäischen Eingreiftruppe, es heißt sehr viel Geld in

Aufrüstung, angefangen bei dem neuen Transportflugzeug Airbus 400M, aber auch dieses Satelliten-Positionierungssystem Galileo, was ja hohe Investitionskosten bringt, aber eben auch nötig ist für das europäische Militär, weil die Amis immer irgendwelche Satelliten-Erkenntnisse geheim halten, auch vor den eigenen Nato-Verbündeten.

Die falschen Konsequenzen

Gleichzeitig ist unsere Regierung auch in dem Dilemma, die Nato trotzdem nicht außen vor zu lassen. Nato stellt ja nun auch reaction force auf von geplanten 21.000 Soldaten, zu denen die BRD jetzt freiwillig 5000 stellen will. Und da findet z.Z. ein Eiertanz statt. Der Pralinengipfel wollte eigentlich ein eigenes Hauptquartier für diese Armee, auf Druck der USA wird es das jetzt zunächst mal nicht geben.

Mein Dilemma: Wie können wir als Friedensgruppen und GlobalisierungskritikerInnen und auch als GewerkschafterInnen diese falsche Konsequenz aus dem Irakkrieg, die uns im Moment verkauft wird, und aus deren Anlaß nun eben nicht wieder 500.000 Leute auf die Straße gehen, wie können wir das stärker ins Bewusstsein bringen? Alle Sozialdemokraten wollen mit Gerhard Schröder jetzt diese Stärkung, auch die militärische als Gegengewicht gegen die USA. All dies passiert, und eigentlich müsste Gerhard Schröder und Rot/Grün wissen, dass ein nur annäherndes Gegengewicht zu dieser Wahnsinns militärmacht USA nur um den Preis des Zusammenbruchs der europäischen Volkswirtschaften zu bekommen ist. Das hat einfach real keinen Zweck, man kann da nicht gegen aufrüsten.

Was sollte aber Europa stattdessen tun, wenn das die falsche Konsequenz ist? Ich hab für mich immer drei Punkte als Lehren aus dem Irakkrieg. Welche Alternativen können wir dagegensetzen? Dabei nehme ich die jetzigen kapitalistischen Verhältnisse in Kauf. Wir versuchen uns in unseren Diskussionen auch daran zu orientieren, was wir auch realpolitisch durchaus für jeden einsichtig fordern können. Der europäische Weg könnte also sein: Macht was dafür, dass es Krieg um Ressourcen nicht mehr zu geben braucht, d.h. dann auch, hier weg von den fossilen Energien, mehr Solar usw. Energie, das würde auch der europäischen Wirtschaft nützen.

In diesem ganzen drohenden oder im Gang befindlichen „Kampf der Kulturen“ seit dem 11. September faire Kooperation mit den Ländern der Dritten, vor allem aber auch der arabisch-islamischen Welt suchen. In dem Zusammenhang wäre auch noch mal der Konflikt Israel/Palästina als ein Schlüsselkonflikt für die ganze Region zu beackern, obwohl es wahrscheinlich ohne die USA da keinen Fortschritt geben wird.

UNO stärken

Und das Eintreten für ein Rechtssystem, also für die internationalen multilateralen Strukturen wie die UNO, das könnte sich Europa mit den Ländern des Südens auch auf eine Kooperationsfahne schreiben. D.h., wenn viele Länder in der Welt und Europa voran in diesen internationalen Gremien dann auch ruhig mal dagegenhalten, wie bei den letzten Resolutionen, die ja letzten Endes nachträglich den Irakkrieg zu legalisieren drohen, wenn sie also mit den Ländern des Südens eine Achse – verzeiht den Begriff – bilden und die Chancen ausloten, wie die inneren Widersprüche in den USA selber, wo ja

Eliten bereits einsehen, dass der unilaterale Weg selbst für eine Supermacht wie die USA in eine Sackgasse führt, und die ja auch eine Rückkehr in die Multilateralität (z.B. Hilfeersuchen in Sachen Irak) suchen, genutzt werden können. Unsere Aufgabe ist genau, das Denken in diesen Richtungen in unserer Gesellschaft zu fördern, also wie ist hier der Ruf und die Sympathie für zivile Konfliktbearbeitungsmechanismen, Überwinden dieser Gräben, Gewaltspiralen durchbrechen und deshalb dann auch Umschichtung von man-power und Geld von diesen militärischen immer angeblich nur letzten Lösungen hin zu einer vorbeugenden und kooperativen Konfliktbearbeitung sowohl bei den vielen regionalen Konflikten, aber auch bei der großen Aufgabe, die wir zusammen mit den GlobalisierungskritikerInnen verstärkt seit dem 11. September ansprechen – Ausgleich, Gerechtigkeit, Kooperation in der Einen Welt.

D: Vielen Dank, Manni. Wir haben auf der einen Seite die Steigerung der Militärausgaben, auf der anderen Seite den Abbau sozialer Errungenschaften in Europa. Horst, du wirst aus der gewerkschaftlichen Sicht etwas dazu sagen und vielleicht auch ein paar Anregungen geben, wie denn eine gesellschaftliche Gegenbewegung dagegen aufgebaut werden könnte.

H: Ja ähnlich wie der Manni haben auch die Gewerkschaften ein Problem. Wir sind alte Bewegungen, wir entfernen uns auch immer von der Basis, und wir fragen uns auch nach wie vor: Wie kriegt man eine soziale Bewegung hin, und das ist sicherlich vordringlich. Ich habe aber jetzt mindestens drei Dilemmata.

Erstens muss ich die schwierige Kurve zum Sozialen kriegen, denn das war mein Arbeitsauftrag, etwas zum Sozialabbau zu sagen. Man kann ja nichts abbauen, was nicht da ist. Ich muss also ein bisschen über die sozialen Systeme in Europa sagen und werde ein Plädoyer für die Differenz dieser sozialen Systeme halten.

Druck auf das soziale System

Zweitens ist nicht zu leugnen, dass das deutsche soziale System, das wissen wir alle, unter Druck gerät, und wir Gewerkschaftler mit, wir sind ja auch willkommene Pappkameraden, auf die man dann am besten stellvertretend einhauen kann, wir bieten ja auch mit die telegensten Feindbilder, und wir leiden auch unter diesem Prozess natürlich. Dieser Sozialabbauprozess ist aber eingebettet in einen europäischen neoliberal gestalteten Politikprozess, den Lissabon-Prozess, den ich uns ein wenig zu Gemüte führen will.

Danach werde ich noch mal zum Militärischen zurückkommen, weil das ja doch eine sehr vom Militärischen getragene Debatte war, will ich auf ein paar Dinge eingehen.

Erstens sehen die Gewerkschaften nicht so sehr in dem was da aufzieht, eine Gefahr für die sozialen Systeme, denn es gibt drei bis vier Besonderheiten, die uns nervös machen müssen. Das erste ist: In dieser neuen strategischen Debatte, die militärisch geführt, gehen äußere und innere Sicherheit ineinander über. In Österreich haben die Armeen auch noch einen Einsatzbefehl, der die innere und äußere Sicherheit miteinander verbindet,

und da sind Situationen vorstellbar, wo Soldaten auf streikende Arbeiter schießen müssen. Diese ganze Veränderung mit dem War on Terror muss natürlich Gewerkschaften alarmieren.

Zweitens: in diesem neuen militärischen Diskurs spielen geostrategische Konzepte eine stärkere Rolle, darauf werde ich in der Diskussion noch mal näher eingehen. Da gibt es also landgestützte Machtentfaltung, einige sagen dazu Imperialismus, und was unsere Besorgnis erregt, darauf hat Corinna schon hingewiesen, ist dass nun auch Europa die militärische Karte zu spielen bereit ist. Wir wissen ja, wohin solche Formen der Konfliktaustragung historisch geführt haben.

Das Dritte, was ein wenig untergegangen ist im Irakkrieg, ist durchaus, dass es eine Friedensdividende nach dem Kalten Krieg gab. Ich nenne ein paar Zahlen aus dem Aufsatz „Grundlagen und Tendenzen hegemonialer Militärplanung“ von Lutz Hinterseer, der ist in den Blättern für deutsche und internationale Politik erschienen. Das sind jetzt die amerikanischen Ziffern, die nicht auf Europa übertragbar sind. „Mit knapp 287 Mrd. US-Dollar hatte 1998 der Verteidigungshaushalt seinen Tiefpunkt erreicht. Dieser lag fast 37 Prozent unter dem, was zu Hochzeiten des Ost-West-Konflikts, nämlich unter Reagan im Jahre 1985, erreicht worden war. Jetzt gibt es aber wieder einen Aufrüstungsprozess. Und die Zielmarken führen uns für das Jahr 2001 knapp unter das Niveau von 1985 auf 407 Mrd.“ Es ist nicht wahrscheinlich, dass in Europa jemand etwas Vergleichbares vorhat. Aber wenn wir sozusagen europäische Stärke demonstrieren wollen, eine europäische Eingreiftruppe aufstellen wollen, die irgendwie gleichgeordnet ist, müssten wir also wirklich unsere Militärausgaben erheblich ausbauen. Und darunter würden natürlich andere Aufgaben leiden.

Jetzt will ich aber auf mein eigentliches Thema, auf das Soziale eingehen. Ich glaube, man muss in Deutschland vor allem betonen, dass die Sozialsysteme in Europa unterschiedlich sind.

Unterschiede in Europas Sozialsystemen

Ich muss euch jetzt leider mit ein paar Zahlen bombardieren. Einiges von dem, was wir über die BRD denken, nämlich dass wir so toll wären, ist nicht richtig. Es gibt durchaus gravierende Differenzen im europäischen Vergleich. Die erste Statistik stammt von dem gewerkschaftsnahen WSI, und da wurden die tatsächlichen Wochen-Arbeitszeiten (inkl. Überstunden) verglichen, mit Bezugsjahr 2002:

| | |
|------------------|-----------|
| Niederlande: | 29,5 Std. |
| Dänemark: | 33,5 Std. |
| Italien: | 33,8 Std. |
| Schweiz: | 34,0 Std. |
| Belgien: | 34,3 Std. |
| Finnland: | 35,3 Std. |
| EU-Durchschnitt: | 35,5 Std. |
| England | 35,5 Std. |
| Deutschland: | 36,1 Std. |

Wir haben also nicht die kürzesten Arbeitszeiten, und interessant an dieser Statistik ist, dass Niederlande und Dänemark auch die niedrigsten Arbeitslosigkeitsraten aufweisen.

Etwas zu dem, was abgebaut werden soll. Arbeitslosengeld in Prozent des zuletzt gezahlten Netto-Arbeitsentgelts. Da denkt man ja auch, wir seien Spitzenreiter:

| | |
|--------------|--------------|
| Dänemark: | 90 Prozent |
| Schweden: | 80 Prozent |
| Niederlande: | 70 Prozent |
| Schweiz: | 70 Prozent |
| Deutschland: | 60 Prozent |
| Frankreich: | 57,4 Prozent |
| Österreich: | 55 Prozent |

Das ist besonders interessant, weil es ja zu einer der Agenda-2010-Maßnahmen gehört

Maximale Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld (40jähriger Arbeitsloser, Dauer in Monaten):

| | |
|--------------|-----------|
| Dänemark: | 48 Monate |
| Frankreich: | 30 Monate |
| Niederlande: | 24 Monate |
| Schweden: | 14 Monate |
| Deutschland: | 12 Monate |
| Österreich: | 9 Monate |

Man sieht, wir haben hier eine größere Differenz. Und es stellt sich die Frage: wird es dabei bleiben? Es wird natürlich nicht dabei bleiben. Wir haben in den jährlichen sozialpolitischen Leitlinien der EU das Problem, dass in der Tat ausgehend von der EU verschiedene Länder dazu aufgefordert werden, die sozialen Sicherungssysteme „beschäftigungsfreundlicher“ zu gestalten., Beschäftigungshemmnisse abzubauen. Dahinter verbirgt sich eine Menge Empfehlungen in Richtung Einschnitte in die Sozialleistungen.

Das wollen wir etwas genauer ansehen: Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg dahin war die Lissabon-Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs. Dort wurde das Ziel geboren, die „EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Als Termin setzte man sich das Jahr 2010. Was verbarg sich nun hinter diesem Lissabon-Prozess? Im Wesentlichen die Chance, nach der Krise der Finanzmärkte in Europa durch neoliberale Angebotspolitiken ein solches Zentrum zu schaffen. Dahinter stehen im wesentlichen zwei Pakte: der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Maastricht, den wir alle kennen, das ist diese 3-Prozent-Obergrenze. Wer diese 3-Prozent-Grenze wirft, wird in einen Prozess von Empfehlungen einbezogen, indem seine Sozial- und Abgabensysteme und seine Wirtschaftspolitik einer zunächst empfehlenden,

aber da dieser Prozess des Werfens auch mit erheblichen Sanktionen verbunden sein kann, mit immer dringlicheren Empfehlungen verbunden wird.

Der europäische Beschäftigungspakt selbst ist eine Verbindung mehrerer Einzelprozesse, auch da ist das Ziel, die Beschäftigungsquote in Europa zu erhöhen. Dazu wird ein jährlicher Bericht und ein Überwachungssystem eingeführt, in dem ein Benchmarking-System eingeführt wird, ob die Einzelstaaten den Zielsetzungen eines dynamischen Wirtschaftsraums, der optimalen Standortbedingungen genügt, näherkommen. Deutschland hat ja nun diese 3- Prozent-Hürde geworfen, von daher wurden also mehrere Empfehlungen an Deutschland ausgegeben. Im April legte die Kommission als Empfehlung vor, 1. das Abgaben- und Sozialleistungssystem weiter zu reformieren, wobei man sich explizit Sorgen um die Tragfähigkeit des Gesundheits- und des Rentensystems macht; 2. dass sich die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus besser in den Löhnen widerspiegeln, durch Schaffung eines mehr wettbewerbsbetonten unternehmerischen Umfelds und durch Lockerung des Kündigungsschutzes den Unternehmen mehr Investitionsanreize zu geben.

Da haben wir die Politikpalette vor uns, die in der Agenda 2010 und im Umfeld der Steuerreform durchscheint, die ja im wesentlichen ein Geschenk an die Reichen in unserem Lande ist. In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers wurde ja auch angekündigt, dass unser Tarifvertragssystem flexibler gestaltet werden soll. Es geht darum, dass die CDU einen Gesetzentwurf für betriebliche Bündnisse eingebracht hat, der sozusagen den harten Kern unseres Beschäftigungssystems, wonach die materiellen Grundbedingungen politisch ausgehandelt werden, und zwar nicht von erpressbaren Belegschaften, sondern in einem Flächenprozess von Tarifverträgen, aushebeln würde. Das wird nun also auf die Tagesordnung gesetzt. Es steht aber auch hier in diesen Empfehlungen.

Wir sehen also, dass trotz der Differenz europäischer Systeme, die alle unter einem ähnlichen Druck von Politik stehen, dass die aus einem neoliberal zu kennzeichnenden Politikverständnis kommen. Wir haben uns natürlich immer für ein anderes Konzept ausgesprochen, jetzt muss ich meine Verbände auch mal ein wenig rüffeln, wir haben in Frankreich und in Österreich große Proteste erlebt.

Gewerkschaften waren immer Ordnungsfaktoren und Gegenmacht, beides zusammen. Als Ordnungsfaktor nie sehr beliebt, aber die Gegenmacht war immer sehr wichtig. Es wäre jetzt an der Zeit, dass die Gewerkschaften länderübergreifend, und das wäre denkbar, Handlungskonzepte entwickeln, um dieser formierten Politik, die natürlich in Form von Sozialabbau gravierendsten Ausmaßes, das wir noch gar nicht im einzelnen ermessen können, durch koordinierte Strategien als soziale Bewegung eine Gegenmacht entgegenstellen, die dann in der Lage wäre, diesen Unfug von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Solange wir aber diese Formierungen haben, die im Dienste eines dynamischen Wirtschaftsraumes Europa stehen sollen, solange werden wir auch unter dem Druck des Abwehrkampfes stehen, und die einzige Alternative wäre halt aus meiner

Sicht, dem offensiv zu begegnen.

D: Vielen Dank, Horst. Ich möchte Sie jetzt auffordern, Ihre Fragen zu stellen, oder Ihre Kommentare oder Ergänzungen zu liefern. Die Dame und die Herren stehen zur Verfügung.

P: Meiner Beobachtung nach tritt die Friedensbewegung erst dann ins Bild, wenn ein konkreter Anlass da ist. Das war beim ersten Golfkrieg so, und auch jetzt wieder beim Irakkrieg. Es scheint so, als ob ein Fixpunkt da sein muss, auf den die Leute reagieren, und auf den sie auch zu mobilisieren sind. Du hast selbst den Israel-Palästina-Konflikt einen Schlüsselkonflikt genannt. Präsident Bush hat versprochen, nach dem Irakkrieg dort sich voll einzusetzen, und nun gibt es dieses Friedensquartett. Warum kann nicht die Friedensbewegung selbst hingehen und offensiv und ohne Anlass ein Thema besetzen und sagen: Wir fordern als Friedensbewegung ein, dass sofort etwas geschieht. Es ist vielleicht zu weit hergeholt, aber ich denke da an die Montagsdemonstrationen, die es damals in der DDR gab, die auch mal klein angefangen haben. Warum wäre es nicht möglich, über eine solche Initiative auch Druck auszuüben auf die Bewegung hier in Deutschland oder auch weltweit?

M: Es ist so, dass in der Tat Hunderttausende auf der Straße sind, wenn's brennt. Nach den Motiven, warum man auf die Straße geht, muss sich jeder selbst fragen. Da spielt Angst mit rein, und Betroffenheit, oder Wut, meistens weniger Solidarität. Das wissen die Leute aus den Eine-Welt-Gruppen, das ist immer ein ganz schwieriges Motiv.

P: Das Motto dieser Reihe lautet ja „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Sicher waren die Demonstrationen am 15. Februar sehr beeindruckend, obwohl die meisten Menschen sich im Klaren waren, dass man den Krieg im Irak nicht stoppen konnte

M: Wir wollten den politischen Preis dafür möglichst hoch treiben. Manchmal hat man ja das Gefühl, dass da tatsächlich so viel los war, dass daraus auch innenpolitische Schwierigkeiten entstehen, das sieht man ja jetzt bei Blair. Die Friedensgruppen, die sich dann eben mal alle zwei Wochen treffen, es gab damals in Bonn hier auch ein großes Friedenbündnis, und jetzt kommen zu den Treffen, na, fünf, sechs, sieben oder acht Leute, aber während des Krieges waren es ganz viele Leute und haben diese Aktionen dann ja auch in Bonn lokal verwaltet. So ging es überall. Wir kriegen das ja als Bundeskoordination ja ganz gut mit. Organisationen und aktive Gruppen machen auch was, wenn sie nicht in der Tagesschau sind. Wir hatten gerade vorletztes Wochenende eine Strategiekonferenz, in Dortmund. Es sind etliche Beratungen am Laufen, da gibt es dann auch ein Papier oder eine Verabredung zu Israel/Palästina. Da ging es jetzt ganz konkret um diese Mauer, die das Prinzip Land gegen Frieden ja nun völlig kaputtmacht, und der kürzliche Angriff auf Syrien ist noch mal ein gesondertes Problem. Da wird

jetzt fleißig gebastelt, langfristig und im November soll dann erstmal ein Vorentwurf an friedenspolitischen Richtlinien überhaupt erst veröffentlicht werden. Da geht es dann – der Autor dieses Teils sitzt auch hier im Raum – um die Alternativen für Europa. Kurz, die Organisationen tun viel, das kann man auch nachlesen, im Internet, in unserem ausgezeichneten Magazin, das da vorne auf dem Büchertisch liegt. Aber so auf die Straße zu mobilisieren und die verschiedenen Interessen, die ja längst nicht alle so homogen sind, und wenn man sagt, wir brauchen jetzt eine zugespitzte Kampagne, bestätigt das jeder, sagt aber zugleich: Aber bitte meine! Das ist also ein bisschen schwer so etwas in die Gänge zu kriegen. Am besten klappt es, wenn irgendwelche Leute anfangen, durchaus auch lokal, und das dann so zieht, dass sich das dann alle als Beispiel nehmen.

P: Ich bin bei der Pax-Christi-Bewegung seit bald 50 Jahren aktiv. Ich bin in dem letzten Krieg gewesen und bin durch die Erfahrung des Krieges und durch meinen Glauben zu der Überzeugung gekommen, man darf keinen Krieg als Christ bejahen und mitmachen. Ich bin überrascht und erfreut, was jetzt hier alles vorgeschlagen worden ist. Vor allen Dingen ist interessant, ich habe den Eindruck, dass Werner Rätz die Sache ziemlich hoffnungslos ansieht, da stehen der europäische und der amerikanische Kapitalismus im Streit. Ich frage mich, wo ist da noch unsere demokratische Verfassung. Ich habe 1945 mit die CDU gegründet, wir waren euphorisch, die CDU war damals eine sozialistische Partei. Ich würde diese pessimistische Haltung von ihm nicht teilen, obwohl ich enttäuscht bin über 50 Jahre politischer Arbeit. Ich bin heute noch politisch aktiv....

M: ...Werner auch!...

P: Von daher habe ich den Eindruck, dass die Sache nicht hoffnungslos ist. Was haben wir für Möglichkeiten. Wir sind keine politische Partei. Die Wähler gehen alle vier Jahre hin, geben ihre Stimme ab, und dann ist sie weg. Ich muss eines sagen. Bei der ganzen Diskussion über den Irak, da wurde so über die UNO geschimpft. Ich hab immer gesagt: Liebe Leute, ihr seid alle mit Schuld. Wir sind alle Schuld, dass die das oben machen, was wir beklagen. Ich frage mich, wie können wir als Friedensbewegung mehr Einfluss gewinnen, müssen wir ne politische Partei machen. Da würde ich allerdings sagen, das ist hoffnungslos. Was die Zivilgesellschaft bedeutet, das diskutieren wir jetzt beispielsweise in Bezug auf den Kongo. Wir hatten eine Tagung „Gewalt und ihre Überwindung in Zentralafrika“ mit dem Internationalen Versöhnungsbund. Da ist auch wieder das Problem: Die Leute dort, die haben den Einsatz der UNO in Bunia verlangt, da hat Deutschland sich ja etwas komisch beteiligt, als Unterstützer der Franzosen. Wir standen aber vor der Frage: Wenn unsere Freunde im Kongo sagen, die UNO muss da unbedingt eingreifen, damit die Menschen überhaupt noch überleben können, sagen wir: auch als Pazifisten können wir schlecht sagen: Liebe Leute, wir haben unsere eigenen Probleme. Wir haben gesagt: Wir sind an eurer Seite und wir stimmen Artemis zu, und bisher sieht's ja so aus, als

wenn das nicht schief gegangen ist. Bei Pax Christi wurde gesagt: Jetzt schickt man die Brandstifter als Feuerwehrleute dahin, (Belgien Frankreich), das ist natürlich ein Problem. Als Friedensarbeiter sind wir immer wieder im Dilemma, und ich weiß da keine Lösung, ich denk, wir müssen gut analysieren, aber wenn wir bedenken, was wir für paar Leute, was wir da erreichen können, so reicht das einfach nicht. Und da möchte ich gerne wissen: Wo ist da noch eine Hoffnung? Ob die großen Demonstrationen etwas bringen. Ich habe jetzt am Wochenende erlebt, dass 200 Leute das Problem der Gewalt in Zentralafrika angegangen haben, und das mit kulturellen Aktivitäten verbunden haben, und dann erfüllt nach hause gegangen sind. Das hat mir wieder ein bisschen Hoffnung gemacht.

W: Das mit dem Grundgesetz und mit der Demokratie ist so eine Sache. Wir sind ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat, steht da geschrieben, und da steht in der Landesverfassung von NRW, dass jeder Mensch ein Recht auf Arbeit hat. Im Grundgesetz steht, dass der Angriffskrieg, in manchen Länderverfassungen, dass der Krieg insgesamt geächtet ist, und all das ist nicht das Papier wert, auf dem es steht. Darüber sind wir uns sicherlich einig. Die Realität ist eine vollkommen andere. Wir haben eine neue Verfassung zu erwarten, die irgendwann in den nächsten Wochen verabschiedet werden soll. In dieser neuen Verfassung steht – im Wesentlichen handelt es sich dabei ja um eine Zusammenfassung der Regeln, die in der EU sowieso gelten – aber es gibt ein paar Abschnitte, die spannend sind. Und in einem Abschnitt, in dem sich das ganze Ding EU selbst definiert, wird es definiert als folgend dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, d.h. der Neoliberalismus kriegt hiermit Verfassungsrang. Wer den Neoliberalismus abschaffen will, der verhält sich in der EU verfassungswidrig, wenn dieses Ding in Kraft gesetzt wird. In einem anderen Absatz heißt es: Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Das heißt: Aufrüstung erhält Verfassungsrang. Nicht nur Abrüstung erhält keinen, wie Corinna das in ihrem Teil bereits erwähnt hatte, sondern Aufrüstung erhält ausdrücklich Verfassungsrang. Es wird festgelegt, dass die EU bestimmte Operationen durchführen kann, Missionen, bei deren Durchführung die EU auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen. Operationen (nach diesem Absatz) müssen in der EU einstimmig beschlossen werden. D.h., die EU kann abrüsten, wenn sie dies einstimmig beschließt. Ein Land, das für sich selber entscheidet: Wir rüsten ab, verhält sich dann also verfassungswidrig, wenn diese Verfassung in Kraft tritt.

Aussichten auf eine EU-Verfassung

In dem Entwurf steht: Die EU handelt gemeinsam im Geiste der Solidarität. Bei diesem Begriff – das habe ich auch schon im Zusammenhang mit Schröder angemerkt – handelt es sich also nicht um die Solidarität in Bezug auf das Sozialsystem, nicht um den Gedanken, dass ein Mensch, nur weil es ihn gibt, er auch ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum hat, dass ein Mensch, nur weil es ihn gibt, er ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat, um diesen Gedanken handelt es sich nicht in

dieser neoliberalen EU, sondern bei dieser Solidarität handelt es sich darum, dass sich die Regierungen politisch und militärisch untereinander solidarisch verhalten, dass also ein Land nicht alleine abrüstet. Das ist auf einmal der Inhalt der Solidarität geworden. In einer Situation, in der alles das, was uns mal irgendwo in Teilen der linken Alternativbewegung irgendwann mal Hoffnung gegeben hat, in der uns all das unter der Hand verdreht wird, so dass etwas völlig anderes dabei rauskommt, in einer solchen Situation ist es nicht angesagt, vordergründig von Hoffnung zu reden. In einer solchen Situation geht kein Weg daran vorbei, die Bedingungen in der Form zur Kenntnis zu nehmen, wie sie sind. Das ist für mich kein Ausdruck von Hoffnungslosigkeit, sondern von Realismus.

Entgrenzung des Militärischen

Ich muss als Teil der Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt feststellen, dass die großen Hoffnungen, die wir z.B. mit den nationalen Befreiungsbewegungen verbunden hatten, gescheitert sind. Ich muss feststellen, dass die Friedenshoffnungen, die viele – ich nicht – mit dem historischen Umbruch 1989/90 verbunden haben, gescheitert sind. Ich muss feststellen, dass viele von uns, die wir mit Begriffen wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Sozialismus z.T. Hoffnungen verbunden haben, so erst mal gescheitert sind. Da komm ich nicht drum rum, um diese Feststellung. Und in dieser Situation muss ich schauen, wie kann ich da etwas unternehmen, und wo sind die Punkte, an denen ich ansetzen kann. Ein ganz entscheidender Punkt scheint mir zu sein, dass diese im Prozess der Globalisierung in einer Reihe von Beiträgen hier mosaikartig beschriebene Seite des Sozialabbaus, der Verschlechterung der Lebensbedingungen auf der anderen Seite die Entgrenzung des Militärischen hat. Das muss man sich ja bewusst machen, wenn hier von Terrorismus die Rede war, wenn jetzt nicht geredet wurde, aber durchaus noch geredet werden müsste über die Warlordisierung – Andreas du hast Kongo angesprochen, wo das in großen Teilen der Fall ist – wo Krieg die Form des Überlebens ist, nicht der Kampf um bessere Bedingungen, sondern die einzige Form, in der man überhaupt noch überleben kann. In einer solchen Situation, wo Krieg völlig entgrenzt ist, wo auch die Grenzen zwischen innerem und äußerem Krieg, zwischen innerer und äußerer Sicherheit tendenziell verschwimmen, in einer Reihe von Ländern längst nicht mehr existieren, in einer solchen Situation entwickelt sich gleichzeitig etwas Neues, das ist die neu entstehende weltweite Bewegung, die den 15. Februar ja getragen hat. Es war ja nicht nur die klassische Friedensbewegung, sondern es war ein Bündnis dieser mit der globalisierungskritischen Bewegung, die die letzten Jahre ansonsten die großen Mobilisierungen durchgeführt hat. Diese Bewegung, die in den letzten Jahren neu entstanden ist, hat von Anfang an als Bedingung ihrer Existenz den Internationalismus, das hat's noch nie gegeben. Selbst für die Arbeiterbewegung war der Internationalismus immer nur ein zu erreichendes Ziel, was sie nie wirklich erreicht haben. Diese neue globalisierungskritische Bewegung ist von Anfang an in ihrem ganzen Sein eine internationalistische Bewegung. Da kann man doch dran arbeiten und versuchen ein Stück weiterzukommen. Ob wir dann in weiteren 50 Jahren so viele Fortschritte

gemacht haben werden wie Bewegungen in den letzten 50 Jahren, die du begleitet hast – so wahnsinnig viele Fortschritte waren das ja auch nicht

P:wir sind ja dabei

W:oder ob ein paar mehr, das wird sich dann zeigen.

P: *Ich find's schön, dass die CDU erst mal als sozialistische Partei erkannt wurde, Stichwort Ahlener Programm etc. Ich glaube, der Grund warum damals so etwas erkannt wurde, lag darin, dass bei vielen die Erkenntnis vorherrschte, dass hinter dem Kapitalismus so etwas wie der Faschismus stand. Ich würde gerne eine Gegenthese gegen den hier vorgebrachten Internationalismus aufstellen. Es wird doch sehr oft auch in der globalisierungskritischen Bewegung der Nationalismus diskutiert. Das kam vorhin auch öfter durch. Es wurde gesagt: Europa tut dies, USA tut dies, usw. und da fehlt mir der Schichtansatz, also Gesellschaften nicht als homogene Masse zu sehen, sondern etwas, was dazwischen liegt, und dass wir eigentlich nicht in einer Demokratie, sondern in einer Oligarchie leben, dagegen müsste diese Bewegung noch mal mit Grundsatzkritik vorgehen. Es hilft nichts den Kapitalismus auszugrenzen, wie es Manni gesagt hat, sondern man muss ihn gerade eingrenzen. Ich denke, man müsste Antikapitalismus vorantreiben, das kommt mir insgesamt viel zu kurz und wird oft auch bei der Friedensbewegung und den Demonstrationen, bei denen auch sehr viele antisemitische Plakate zu sehen waren. Da gibt es halt sehr viele Strömungen, mit denen ich nichts zu tun haben möchte, und über die mußß auch ernsthaft diskutiert werden. Nach meiner Meinung hat das etwas mit einer verkürzten Kapitalismus-Kritik zu tun, die in dieser Bewegung stark verbreitet ist. Zur EU-Verfassung wollte ich noch sagen: Man muss ja auch sehen, wie dieses Verfassungsgremium eingesetzt wurde. Das ist ja kein demokratisches oder partizipatives Verfahren, was da stattgefunden hat, sondern alte verdiente Elder Statesmen werden ausgegraben wie Giscard d'Estaing, von dem keiner mehr in Frankreich etwas wissen will. Und der präsentiert ein Papier, und dann wird über dieses Papier diskutiert, und damit ist schon eine Richtung vorgegeben. Ich hab zwar auch keine Lösung, aber ich finde, bei sich selbst muss man erst mal mit den Grundsatzthemen wieder anfangen, Themen wie Nation, oder auch Lohnarbeit als konstituierende Elemente dieser kapitalistischen Gesellschaft noch mal durchdenken. Gerade auch die Lohnarbeit, wenn man an die Gewerkschaften denkt. Das wird in den Gewerkschaften total vernachlässigt, jede Scheißarbeit, die jetzt Hartz anbietet, wird nachher als Lohn- und Broterwerb verkauft und damit die Erpressbarkeit der Lohnabhängigen fortgesetzt.*

H: Wir geraten jetzt schnell wieder an den Rand einer Systemdebatte. Ich würde jetzt Manni Stenner einen Ball zuspielen wollen. Bevor wir das System ändern wollen, sollten wir uns vielleicht doch Schritte überlegen, die das System vielleicht transzendieren, die aber nicht gleich der Systemwandel sind. Denn wir haben einige sehr interessante Dinge die auf der

Tagesordnung stehen. Ich wiederhole das jetzt einfach, was ich vorher gesagt habe.

Ich glaube auch nicht, dass Verfassungen, wie Werner gesagt hat, nur ein Stück Papier sind. Wir könnten den Herrschenden das Lied ihrer Verfassung vorsingen.

Im Unterschied zur EU-Verfassung – wir können uns natürlich fragen, ob die BRD-Verfassung auch so demokratisch legitimiert ist, aber da steht immer noch drin: Die Streitmacht dient der Landesverteidigung, und Herr Struck, der ja nassforsch behauptet, unser Land werde am Hindukusch verteidigt, bewegt sich jenseits der Verfassung, meine Damen und Herren. Das müssten wir ihm eigentlich deutlicher sagen. Es beginnt eine mentale Umoperationalisierung der Außenpolitik, der EU, des Militärischen. Es wird auf einmal wieder, und da sind die Marxisten natürlich – wenn ich mal eine kritische Note setzen darf – den Neoliberalen ziemlich nahe, die sagen: Alle Macht setzt Recht. Ferdinand Lassalle, nicht Marx war es, der gesagt hat: Eine geordnete Verfassung, das ist wie eine gut organisierte Armee. Wir wollen nicht alle Lassalleaner werden. Die normierenden Prozesse organisierter Gesellschaften haben mehr zu bedeuten als ein Blatt Papier, und man sollte sie nicht einfach wegwischen. In unserer Verfassung stehen noch einige Dinge, die, wenn denn tatsächlich weltweit interventionistische Bestrebungen zum Tragen kommen sollten, wir den Herrschaften noch einmal deutlich vor Augen und Ohren halten sollten.

Fehlende Kontinuitäten

Das ist das eine. Zum anderen sollten wir stärker daran denken, wie überhaupt ein kontinuierliche Mobilisierung möglich ist. Und da sitzen hier am Tisch Vertreter von alten Bewegungen. Die Arbeiterbewegung ist ja auch sehr alt. Wir tun uns da immer sehr schwer, aber wir sollten einfach noch mal unsere think tanks etwas bewegen, ob man das nicht hinkriegt. Ich glaube nämlich, folgendes schwächt den Widerstand seit Jahrzehnten. Es ist immer möglich, zu akuten Ereignissen wie dem Irakkrieg viele Leute zu mobilisieren, aber wenn die neue Sau durch das mediale Dorf getrieben wird, sind diese Dinge schon wieder vergessen. Wir müssen Kontinuität in die Kritik des öffentlichen Prozesses bringen, und deswegen sollten wir Formen netzwerkartiger internationaler Kooperation verstärkt fördern, denn wir haben es bei diesen anderen Prozessen mit international formierten Prozessen zu tun. Die Vorgaben, die in das Militärkonzept der BRD einschneiden, z.B. neue Militärtransporter, die großräumiger transportieren können, die kommen aus der Nato, aus Amerika. Es gibt einheitliche Konzepte die da rüberschwappen, und denen müsste also koordinierten Widerstand entgegensetzen.

M: Darf ich mal gerade den Ball....

D: Da hinten hatte sich jemand gemeldet. Ich möchte ungern....

M: Ja, ja ist ja gut. Dann schnappe ich mir den Ball, wenn ich sowieso wieder dran bin.

D: Ich hatte mir überlegt, die Diskussion mit dem Publikum ca. eine halbe Stunde zuzulassen und dann zum Schluss wieder an das Podium zu übergeben. Ist das o.k.? Gut, dann Sie ...

P: Ja ich habe eine Frage an Corinna und eine an Werner. In Bezug auf das Solana-Papier hast du ja eben auch deutlich gemacht, dass da sehr viel zu ziviler Konfliktbearbeitung steht, andererseits aber auch die militärische Präventionsidee enthalten ist. Und da kann man glaube ich auch sagen, dass das parallel geführt wird, wenn nicht gar im Zusammenhang, und das ist auch das Problem, das man als Friedensbewegter mit so einem Papier haben muss, dass zivile Konfliktbearbeitung zwar per Lippenbekenntnis enthalten ist, aber gleichzeitig in der Praxis vielmehr als Wurmfortsatz oder Anhängsel eben dieser militärischen Option sein kann, denn in dem Papier ist auch drin, nicht nur, dass nicht abgerüstet werden soll – Werner hat schon darauf hingewiesen –, sondern dass auch militärisch zugebuttert werden muss, wenn man alles das, was man so weltweit machen will, auch können soll. Das ist also die Frage nach dem Verhältnis von z.K., die ja in der Friedensbewegung sehr positiv besetzt ist, zu der militärischen Komponente, das zielt auch auf die Frage nach der militärisch-zivilen Zusammenarbeit in Afghanistan.

Die Frage an Werner. Du hast gesagt, bei dem Irak war es so, dass die USA ihre Machtpolitik mit einem Krieg durchgezogen hat, und die EU-Staaten, allen voran die BRD hat aber auch Macht- und Interessenpolitik durchgezogen und haben dafür nicht auf den Krieg gesetzt. Das ist aber ein Unterschied. Beim Krieg jedenfalls gehen Leute tot, und bei einer Durchsetzung von Machtpolitik ohne Krieg gehen Leute erst mal nicht tot. Und mit diesem Unterschied muß man versuchen umzugehen. Das macht es auch so schwierig für Bewegung, mit Kritik an der EU-Politik anzusetzen. Deswegen wird es wohl wieder so sein, wenn die USA den nächsten Krieg vom Zaun brechen, dass dann wieder nur ein paar hundert Leute reaktiv auf die Straße gehen. Aber jetzt zu der sagen wir EU-Aufrüstung und zu den britischen Atomwaffen – etwas, was kaum jemand noch im Kopf hat – eine Bewegung auf die Straße zu kriegen, das wird eben halt verdammt schwierig. Daher die Frage: Wie kriegt man das hin, von dieser kleineren Übel-Mentalität wegzukommen. Das große Übel ist halt der US-Imperialismus, weil er militärisch kann, und das kleinere Übel ist dann die EU, weil sie militärisch noch nicht kann. Und trotzdem muss man doch klarmachen, dass auch diese Politik eine Machtpolitik ist, die auf Kosten vieler Menschen in der Einen Welt geht.

C: Ja, ich versuch's mal. Ich denke schon, dass das was du konkret nachgefragt hast, nämlich die Frage nach dem Verhältnis ziviler und militärischer Instrumente, wie sehr ist das eine das Feigenblatt des anderen, und werden damit bestimmte Primat gesetzt in diesem Solana-Papier als Ausdruck der europäischen Debatte. Ist ja im Grunde eine konkrete Nachfrage zu vielem, was schon in allgemeinerer Form hier in der Debatte

war. Ich will versuchen, den Zusammenhang herzustellen. Irgendwie sind ja relativ viele Dilemmata auf den Tisch geblättert worden, nicht nur der Einschätzung, sondern auch die Frage, nun haben wir den Kapitalismus in seiner globalisierten Form, und eine gesellschaftliche Alternative ist überhaupt weltweit nicht in Sicht. Also die Frage des Pragmatismus, wie viel muss man sich eigentlich anpassen an diesen Ist-Zustand und trotzdem wie radikal kann man bleiben in den Alternativen? Das steht hinter vielen dieser Fragen, die hier gestellt wurden. Auch in der Frage, an welchen Punkten kann man, wenn es keinen Krieg gibt, konstruktive Alternativen entwickeln? Da gehen viele Ebenen durcheinander, die für das systematische Nachdenken und Entwickeln von Aktionen täglich eine Rolle spielen. Ich glaube, dass es zu kurz greift, und das war auch nicht mein Punkt in Bezug auf das Solana-Papier, zu sagen, da ist ein bisschen zivile Konfliktbearbeitung drin, quantitativ stelle das aber ein Feigenblatt für die militärische Komponente dar. Das sehe ich nicht so. Ich sehe in der Tat, dass die Welt komplizierter ist. Das sage ich nicht, weil ich die Kapitalismuskritik in Teilen nicht teilen würde. Ich fand das sehr klug, was Sie als Beispiel aus dieser Kongodebatte gesagt haben. Es ist leider so, dass wir Kriege auch schon vor Herrn Bush und dem 11. September seit den 90er Jahren als brutaler und einfacher wahrnehmbar erleben. Wenn man gefragt wird als Friedensforschung von friedensbewegten Kräften im Kongo: Was tun wir denn, dann stellt sich diese Frage eben auch für die EU, die stellt sich auch für einen Schröder, auch wenn uns seine sonstigen Politikkonzepte nicht passen. Ich will damit nur sagen, es ist tatsächlich komplizierter, und ich sehe das Solana-Papier durchaus auch als einen Reflex dieser Komplexität, damit will ich nicht runtergehen von einem radikalen Kritikansatz. Nur muss der meiner Ansicht nach – und das sage ich jetzt vor allem aus der Sicht von Militär- und Sicherheitspolitik, denn das ist der Bereich den ich hier am Podium abdecke – ich sag mal so, den Kapitalismus wird es wahrscheinlich noch eine ganze Weile geben, aber ich würde gern einiges dazu tun, dass die militärische Komponente, die aus vielen genannten Gründen wieder beginnt Oberhand zu gewinnen, dass wir die grundsätzlich kritisieren, kappen und zurücktreiben durch Aktionen und verschiedene auch konzeptionelle Alternativen, wo auch immer.

Wie radikal muss Kritik sein?

Deswegen ist diese Frage: Wie radikal muss die Kritik sein, und bringt das Ganze überhaupt nur was, wenn wir den Kapitalismus untern Tisch kehren, die greift zu kurz, so sehr ich das Anliegen teile. Wenn man das auf eine EU-sicherheitspolitische Strategie überträgt, würde ich klipp und klar sagen: Nein, keine weiteren Verteidigungsausgaben und Gelder für die Rüstung, und dann aber auch nicht nur sagen: Umverteilen in soziale Sachen, sondern, wenn man versuchen würde, diejenigen, die in diesem Bereich im Prinzip, und das unterstelle ich schon bei einem Teil der gemäßigten weniger neoliberalen Elemente auch kapitalistischer Herrschaftspolitik, dass die auch daran interessiert sind, eine Rolle zu spielen, dann würde ich sagen, das was es an Ressourcen in Europa gibt, ist groß genug, um sich auf neue Aufgaben in der Krisenprävention und Unterstützung von Kräften, die in bestimmten internationalen Konflikten vielleicht einen UNO-Mandat-geführten Einsatz

leiten würden. Dafür müsste man die Mittel gar nicht erhöhen, denn es gibt – und darüber gibt es eine entwickelte Debatte unter Rüstungskritikern und Militärforschern – Möglichkeiten, in einer koordinierten Form innerhalb der EU auch mit weniger Mitteln ein Konzept zu entwickeln, was unter einem demokratisch akzeptierten Gründekatalog für militärische Intervention oder Unterstützung von bestimmten Bewegungen möglich wäre. Z.B wäre das eine Richtung, in die man gehen könnte. Ich würde die Punkte, die auch in dem Paper vorhanden sind, deutlich nach oben ziehen: Kapazitätsbildung für zivile Ressourcen, es kann sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Kritik an dem Papier geleistet werden. Das geschieht natürlich nicht allein dadurch, dass wir das hier sagen, sondern dazu muss man sich schon Dinge vornehmen, und ich fand schon das ist ein Dilemma, dafür gibt's auch keine Rezepte. Wir fragen uns in der Friedensforschung schon seit Jahren: Reagieren wir eigentlich jedes Mal nur auf den nächsten Krieg anstatt eigentlich ein Friedensgutachten zu schreiben. Die Frage Nahost. Warum nicht eine langfristig angelegte Entwicklung entwerfen die über das hinausgeht, was dieses Quartett da als Road-map vorgelegt hat?

D: Werner, wolltest du noch kurz dazu etwas sagen?

W: Ja, ich kann problemlos damit umgehen, dass politische Motive, politische Akteure nicht eindeutig sondern widersprüchlich sind. Es ist eine der allerwichtigsten Erkenntnisse, die der Teil der Linken aus dem ich komme, in den letzten zehn Jahren gewonnen hat, dass gesellschaftliche Phänomene oft nicht eindeutig sind, sondern oft ihr eigenes Gegenteil und oft auch noch ein Drittes sind. Die Vorstellung, man könne Politik in Gut und Böse und Richtig und Falsch einteilen, blamiert sich ja gerade wieder in Israel/Palästina, bei den sympathisierenden Bewegungen, die sie hier haben, bis aufs Hemd. Insofern ist mir das völlig klar, Volker, wenn du sagst, es mache einen Unterschied, ob denn Krieg geführt wird oder nicht, Interessenpolitik militärisch oder nichtmilitärisch durchgesetzt wird. Es macht aber keinen Unterschied, dass die vorhandenen Akteure, die im konkreten Fall Irakkrieg agiert haben, sich völlig einig darin sind, dass man seine Interessen militärisch durchsetzen kann, ohne irgendwen fragen zu müssen außer seine eigenen Interessen. Darin waren sie sich völlig einig, nur die einen haben gesagt: In diesem Fall jetzt lieber nicht, und die anderen haben gesagt: in diesem Fall jetzt unbedingt doch. Nur darin bestand die Differenz, es gab keinerlei Differenz, ob man solche Kriege führen darf. Es ist die BRD gewesen, die in Jugoslawien, in Kosovo bewiesen hat, dass sie bzw. die Nato dazu legitimiert ist – es steht in den Nato-Richtlinien drin, die kurz vorher verabschiedet worden waren –, BRD-Politik ist es gewesen, in Gestalt genau der selben Figuren, die heute als Friedensfürsten auftreten, sie sind es gewesen, die im Kosovokrieg internationales Recht, Völkerrecht verhöhnt haben und lächerlich gemacht haben, weil man damit angeblich die Menschen nicht vor dem serbischen Terror schützen konnte, und jetzt war es die Bush-Regierung, die selbiges tat, weil man damit die Menschen nicht vor dem irakischen Terror schützen konnte. In diesen Einschätzungen gibt es keine Differenz zwischen den Akteuren, da passt kein Blatt Papier

dazwischen.

Heutige Kriege sind Weltordnungskriege

Die Differenz bestand darin: Wann tut man das konkret, und wann lässt man das lieber. Die Kriege sind heute Weltordnungskriege. Nicht Kriege zwischen den imperialistischen Mächten. Die BRD käme nie auf die Idee, mit Frankreich wieder oder mit Russland Krieg zu führen, die EU käme nie auf die Idee, mit USA Krieg zu führen. Kriege sind heute Aktionen, mit denen die verschiedenen kapitalistischen Mächte gemeinsam, manchmal in einer gewissen Differenz, eher einer taktischen als einer tatsächlichen, diese tödliche, diese mörderische Weltordnung aufrechtzuerhalten. Das ist heute im Prinzip die Form von Krieg, die geführt wird. Dass Kriege geführt werden müssen, darüber herrscht vollständiger Konsens, und auch darüber, dass das keine Frage des Rechts ist, darüber herrscht vollständiger Konsens....

P: Warum ist denn dann im Sicherheitsrat so lange darüber gestritten worden?

W: Das ist genau der Punkt, den ich noch mit zwei Sätzen ansprechen wollte: Auf den Sicherheitsrat haben im wesentlichen Russland und China orientiert. Will ein Mensch wirklich im Ernst behaupten, dass diese beiden Länder sich für Menschenrechte auch nur einen Furz interessieren? Für nichtmilitärische Politik auch nur einen Furz interessieren? Das einzige, was sie interessierte, war, dass der Sicherheitsrat eine der wenigen internationalen Machtebenen ist, an denen sie beteiligt sind. Sonst gar nichts! Dieser Sicherheitsrat hat keinerlei wirklich friedensfähige Funktion in den Köpfen dieser Regierungen gehabt. Eine völlig andere Frage, ich sagte schon: politische Phänomene sind oft das eine, sein Gegenteil und etwas Drittes, ist es, ob der Sicherheitsrat in ganz bestimmten konkreten politischen Situationen der bessere Ort ist, um bestimmte politische Alternativen zu diskutieren. Der Politik, der deutschen, der russischen, der chinesischen irgendetwas Positives zu unterstellen, nur weil sie auf den Sicherheitsrat gesetzt haben, halte ich für gnadenlos naiv.

D: So, ich hab jetzt noch vier Wortmeldungen aus dem Publikum. Damit möchte ich auch die Liste schließen und die Diskussion zum Schluss ans Podium zurückgeben.

P: Werner Rätz hat darauf hingewiesen, dass attac zum ersten Mal, so meint er, eine internationale Bewegung sei. Pax Christi hat bei attac sofort mitgearbeitet, weil Pax Christi International ist. Ich habe erlebt, wie 1948 aus Frankreich die Pax Christi nach Deutschland kam, und ich habe vor zwei Jahren in Mainz den Internationalen Rat erlebt, da waren aus 156 Ländern Delegierte, aus Asien Amerika, Australien, Afrika, und ich war überrascht, wie sich das entwickelt hat. Unser Prinzip ist: Wir müssen uns international einsetzen und von unten her für den Frieden arbeiten, denn ohne die Basis werden wir das nicht schaffen.

P: Ja ich möchte zunächst sagen, dass ich einer der ersten war in diesem

Staat, der vor mehr als 40 Jahren den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert hat, damals noch ein hochnotpeinliches Verfahren, heute ist das ja quasi geschenkt. Trotzdem wäre ich bereit, deutsche Truppen für Auslandseinsätze bereitzustellen, wenn sie unter dem Mandat der UNO stehen. Es liegt mir daran die UNO zu stärken. Sie soll in meinen Augen das Gewaltmonopol haben. Es war im Rahmen der Geschichte eine große Leistung, dass wir von der früheren Willkür zum staatlichen Gewaltmonopol gekommen sind, und dass wir von den absolutistischen Herrschern über die Aufklärung zum Rechtsstaat und zur Gewaltenteilung vorangeschritten sind. Und daher sehe ich auf internationaler Ebene die UNO als Zentrum der legitimen Gewalt, der man auch eigene Truppen zur Verfügung stellen sollte. Allerdings müssten die Verfahren des Sicherheitsrates reformiert werden, und darauf geachtet werden, dass bei Konfliktlagen nicht primär militärische Strategien, sondern zivile Konfliktlösungsstrategien gesucht werden.

P: Nur kurz noch mal zu Werner. Alles was du zu den Interessen usw. gesagt hast, ist gebongt. Nur denke ich, dass man auch das Kriterium der Fähigkeiten einbeziehen muss. Was die USA können, können eben die EU-Staaten noch nicht. Und da kommt Corinnas Argumentation ins Spiel, dass man auch die Chancen sehen muss, wie man der EU die Chancen aus der Hand schlagen muss bzw. diese gar nicht erst entstehen lassen darf, nämlich eine militärisch gestützte Politik zu treiben. Da wird dann Gleichmacherei falsch, sondern man muss auch die unterschiedlichen Chancen und Möglichkeiten sehen, da zu intervenieren, nach praktischen Ansatzpunkten zu suchen.

P: Diese These von der Nicht-mehr-Existenz imperialistischer Kriege ist ja erst mal sehr einleuchtend. Weltordnungskriege sind aber in gewisser Weise in erster Linie auch Weltunordnungskriege, d.h., es entsteht eine heillose Unordnung, es kommen Faktoren zum Tragen, die ja auch der ausgefuchsteste Pentagon-Stratege nicht voraussehen kann. Geradezu paradigmatisch für die Unvorhersehbarkeit und Unübersichtlichkeit solcher Situationen war und ist der Irakkrieg und damit im Kern dieses ganzen Konflikts auch der Israel/Palästina-Konflikt. Welche Konsequenzen kurz-, mittel- und langfristig aus diesen Auseinandersetzungen und dem sozusagen kollateral damit einhergehenden „Kampf der Kulturen“ erwachsen, das ist alles noch sehr offen. Da ist eine scharfe Analyse noch gar nicht möglich, welche Weltunordnung da auf uns zukommt. Was mir aber noch viel wichtiger erscheint, ist diese Frage nach der Kontinuität von sozialen Bewegungen. Die herzustellen, erscheint mir die eigentliche Herausforderung, zu der ja auch diese Diskussionsreihe zu einem gewissen Teil beitragen möchte, dass zumindest auf lokaler Ebene tatsächlich Debatten öffentlich geführt werden, an denen sich unterschiedliche Standpunkte wirklich festmachen können und auf diese Weise auch irgendwie orientieren können. Eine Option jetzt zu wählen: Wäre es denkbar, den Israel/Palästina-Konflikt als einen Focus zu wählen, oder wäre es denkbar, die voraussehbare europäische militärische Aufrüstung ins Zentrum

der Aufmerksamkeit zu rücken, das ist die große Schwierigkeit. Früher haben wir das Beispiel Chile gehabt, das im Rahmen dieser Reihe auch eine Rolle gespielt hat und das damals zu einer gewissen Konzentration der Aufmerksamkeit geführt hat. Der Afghanistankrieg hat das z.B. überhaupt nicht mehr vermocht, der Irak kann das im Grunde genommen z.Z. auch nicht, weil keine auch nur ansatzweise plausible Analyse über zukünftige Entwicklung aus diesen Ländern vorliegt, weder von den politischen Akteuren in den betroffenen Ländern selbst noch von hier aus.

D: Ich hoffe, dass ich niemand übersehen habe, aber damit würde ich die Diskussion gerne wieder an den Tisch zurückgeben, und da haben sich Manni und Horst dringend gemeldet. Zunächst also Manni.

M: Also Weltordnungskriege, Kriege um Macht, Kriege um Ressourcen und um wirtschaftliche Vorteile, das ist generell das, womit wir uns z.Z. auseinandersetzen. Und das geht weiter. Und das ist dann eben nicht nur die Supermacht. Ich teile alle Einschätzungen, die in die Richtung gingen: Absolut keine Illusion über die Motive unserer Regierungen in Europa. Auch der Widerstand, ja immerhin, dieser atlantische Konflikt war nicht ganz ohne, also auch dieser zumindest rhetorische Widerstand von Frankreich, Deutschland, Russland war nicht an den Menschenrechten, oder dass da keiner zerbombt werden soll, orientiert, sondern da unterstelle auch ich, als angeblich kein kapitalismuskritischer Mensch, dass z.B. Frankreich mit den bestehenden Ölverträgen mit dem Saddam-Regime ganz andere Interessen hatte...

P: *...die waren in diesem Falle aber hilfreich...*

M: Ja, nehmen wir die Brüche in diesen Lagern so wie sie sind, aber wir glauben ihnen doch trotzdem nicht, dass die da irgendwie den Pazifismus des Alten Europa zelebrierten, sondern die Bundesregierung tat gut daran, auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, wenn die da nicht teilnahmen. Und dass Russland auch ganz viele Verträge mit Saddam Hussein hatte, ist doch klar. Diese „Pazifisten“ des Irakkrieges, deren Wirtschaft, deren Ölfirmen hätten nach Aufhebung des Embargos den großen Reibach gemacht statt jetzt der amerikanischen Firmen. Diese Politik um Macht, Einfluss, wirtschaftliche Vorteile wird ja eben nicht nur mit militärischen Mitteln geführt, sondern da sind die Europäer auch mangels Möglichkeiten – da hast du recht, Volker – durchaus fleißig. Die fahren jetzt auch zu der Geberkonferenz nach Madrid, weil sie dann demnächst am wirtschaftlichen Boom Iraks doch noch teilhaben wollen. Ich glaube, dass die Friedensbewegung wirklich gut beraten ist, zusammen mit – das ist glaube ich ein untrennbares Bündnis geworden – der globalisierungskritischen Bewegung den Kapitalismus soweit immer konkret zu kritisieren, wie er als System Kriege verursacht. Ob Ressourcenkriege, demnächst Kriege um Wasser, da müssen wir immer genau hingucken, dass das etwas mit diesem System zu tun hat. Und dann wird es auch das Beste sein, die konkreten

Konzerne auch zu benennen. Es war ja immer ein Hilfsmittel, dass man so schön und so simpel, also so blödsimpel nachweisen konnte, dass der Präsident und der Vizepräsident mit in den Ölfirmen verbandelt sind, man traut sich das ja kaum öffentlich zu sagen, weil das alles so primitiv klingt. Widersprüche ausnutzen

Brüche ausnutzen, wenn es innenpolitisch schwierig wird, jetzt, nachdem der 11. September zwei Jahre her ist und die amerikanische Gesellschaft nicht mehr ganz so gelähmt ist, wo Freunde und Verbündete in den USA jetzt am 25. Oktober den Abzug der US-Truppen fordern werden, wenn es denn möglich ist, das, was ich auch will – Stichwort UN, mit Reformen natürlich, ganz schwierig bei den realen machtpolitischen Verhältnissen, aber ganz dringend nötig – wenn die Herrschaft des Rechtes wieder eine größere Rolle spielen soll, wenn ich es denn schaffen könnte, dass die USA auf Grund der ganzen internen Widersprüche, in die sie hineingeraten, doch den Internationalen Strafgerichtshof und Kyoto unterschreiben, dann würde ich gerne diese Friktionen, die innerhalb der kapitalistischen Mächte existieren, ausnutzen zusammen mit dieser globalen Bewegung, die sich da international entwickelt hat.

Man wird ja sehen, was sich da bei dem Europäischen Sozialforum in Paris und dann im nächsten Frühjahr in Indien an Kraft und Hoffnung ergibt. Die zweite Weltmacht, die öffentliche Weltmeinung, hat da auch noch etwas zu sagen. Ich setz da auch noch auf den subjektiven Faktor, und was Öffentlichkeit bewirken kann jenseits vielleicht all dessen, was nur vulgärmarxistisch wäre, dass nämlich nur die wirtschaftlichen Interessen den Gang der Geschichte bestimmen. Ich glaube es war die New York Times, die den Begriff von der Supermacht „Öffentlichkeit“ neben der einzig verbliebenen militärischen erstmals geprägt hat. Das ist schon etwas, worauf wir noch setzen können. Konkret geht das dann hier natürlich noch weiter.

Weltmacht Weltmeinung

Mit dem Focus weiß ich jetzt nicht. Ein gutes Beispiel, wo es ja auch um die Bundes- und Euro-Armee geht, ist das Bombodrom bei Wittstock. Das ist aber auch nur ein Beispiel, es wird nicht die eine Kampagne geben. Wir suchen jetzt 200 Gruppen in der BRD, die an den 200 Tagen, an denen gebombt werden soll, sich jeweils an einem Tag auf dem Gelände aufhalten, dann darf nämlich nicht gebombt werden. Man kann da auch noch viel – ich hab das ja mit organisiert – mit „resist“ machen. Und da geht es piekse piekse gegen die eigene Bundesregierung, so wie bei den Blockaden gegen die Airbases hier in der Bundesrepublik.

H: Ich kann nahtlos an Manni anschließen. Ich denke, was auch Gewerkschaften einbringen können, ist, dass es Verrechtlichungsprozesse gibt. Unabhängig von den wie auch immer gearteten Motiven der Akteure können sie sich dem nicht entziehen. Niemand hat in Europa gewollt, dass Teilzeitarbeit rechtlich gleichgestellt ist mit Vollzeitarbeitsplätzen. Es hat sich in einem schwierigen Prozess von Grundsatzurteilen so ergeben, dass sogar die Universitäten heute unter Druck stehen, Teilzeitkräfte in den BAT mit einzubeziehen, das hätte sich vor zehn Jahren niemand träumen lassen. Ich

möchte auch auf den Faktor Öffentlichkeit setzen. Ich glaube, die Friedensbewegung und wir als soziale Bewegung müssen einen Dauerdiskurs über die Legitimität militärischer Gewalt wieder führen. Das können wir durchaus.

Gegen die Militarisierung der Politik

Ich teile den Konsens hier am Tisch, wenn man Pazifist ist wie ich auch, wird man dadurch militärische Apparate nicht aus der Welt schaffen. Über deren operative Einsatzbedingungen müssen wir einen politischen Disput führen. Und da haben wir Rechtssysteme, und da haben wir insbesondere den UNO-Prozess. Ich halte es auch nicht für gleichgültig, wenn egal welche Macht auch immer sagt, präventive Kriege seien auf einmal möglich. Das hatten wir lange nicht, und ich denke, dass man da offensiv gegen vorgehen muss. Man soll allerdings nicht die hier aufgezeigten Weltmachtbestrebungen Europas selbst unterschätzen.

Auch bei dem Solana-Papier gibt es natürlich noch Hoffnungsträger, also Teile der Aufrüstung bestehen sicherlich in einer verbesserten Zusammenarbeit, und da werden wir wohl auch noch die einen oder anderen Friktionen erleben. Das einzige, was an Zusammenarbeit wahrscheinlich wirklich funktioniert, ist AWACS. Wir sollten uns mit diesen Dingen einfach beschäftigen und sie hinterfragen. Und dann denke ich, es ist in der Tat wichtig, Alternativen zu erwägen, und die gibt es wohl auch im militärischen Bereich. Es gab mal, aus der Friedensbewegung kommend, die Idee, Rüstungsproduktion defensiv zu orientieren, und zwar massiv. Und jetzt erleben wir gerade ein Katapult, auf einmal sind Interventionsarmeen in ganz anderen Szenarien auf einmal legitim. Ich denke, so etwas muss man schneeballartig in einer öffentlichen Debatte bekannt machen und in der Öffentlichkeit Alternativen erkennbar machen. Die Kritik an dieser Militarisierung von Politik muss offensiv geführt werden.

C: Also ich will jetzt nichts wiederholen, was schon von Mani und Horst gesagt wurde in Bezug auf die Fragen, die bisher im Raum stehen geblieben sind. Ich glaube, und das fand ich an dieser Veranstaltung auch so interessant, obwohl man sieht, wie schwer es ist, die gestellten Fragen zusammenzubringen – einerseits Sozialabbau, andererseits Rüstung nicht im alten Sinne einfach gegeneinander zu stellen – sondern sie als Aspekte von Globalisierung zu sehen und diese dann auf die nationale Ebene runterzubringen, das ist superschwer.

Ich will einfach noch mal eine These zum Weiterdenken in den Raum stellen, und ich glaube, das hat etwas damit zu tun, Widersprüche zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern und ihren Umgang mit Militär zu nutzen, ich glaube, dass es einfacher ist, Kritik und radikalere Lösungen im Bereich Sicherheits- und Militärpolitik zu entwickeln als im Bereich des Sozialabbaus. Klingt vielleicht komisch, aber ich glaube, die Diskussion zeigt das ein bisschen. Das hat etwas damit zu tun, was auch von der Öffentlichkeit als legitim wahrgenommen wird, und zwar im Sinne von historischen Traditionen dessen was die Friedensbewegung geschaffen hat einerseits, und die internationale globalisierungskritische Bewegung – da

teile ich was vorhin gesagt wurde, dass attac zwar nichts historisch Neues ist, aber dass der Blickwinkel von vornherein international angelegt ist, und das ist ein großes Plus –. Ich glaube, dass wir uns z.T. leichter tun, sowohl von der Entwicklung von kritischer Expertise, von dem was dann politische Bewegungen sein können, punktgenau auf bestimmte Tendenzen der Militarisierung zu reagieren und dem einen Riegel vorzuschieben und da dann ganz „einfach“ festzustellen, dass der Kapitalismus sich den Krieg nicht überall leisten kann.

Das hört sich vielleicht komisch an, aber wir erleben natürlich bei allem, wie Herr Struck auch auf undemokratische Weise versucht, die verteidigungspolitischen Richtlinien sozusagen peu a peu zum normalen Gegenstand zu machen, dass die Bundesregierung da in eine regelrechte Bedrängnis gerät. Es ist so, dass unser Land sich eigentlich eine Erhöhung des Rüstungshaushalts nicht leisten kann. Da gibt es eine deutliche Differenz im Augenblick, und das ist keine taktische Differenz zu dem, was wir in den USA erleben. Das hat etwas mit Machtverteilung zu tun, mit Wirtschaft in der Rüstung, da gibt es eine ganze Reihe von Faktoren, die sehr deutliche Unterschiede aufweisen.

Es ist einfacher, diese Unterschiede zu nutzen aus einer friedenspolitischen und militärkritischen Perspektive als es im Bereich des Sozialabbaus möglich ist, wo eben die globale Perspektive die ist, dass es uns natürlich in den europäischen Ländern deutlich besser geht als im gesamten Süden und all dem, was wir aus Nord-Süd-Konfrontation kennen, was Teil der Eine-Welt-Tage und der Eine-Welt-Bewegung ist.

Ich glaube, das ist superkompliziert, das über einen Leisten zu scheren, daher möchte ich noch mal deutlich dafür plädieren, die Widersprüche ernster zu nehmen, nicht nur im Sinne von taktisch austricksen, die einen gegen die anderen, es ist auch eine historische Errungenschaft. Du hast gesagt, die imperialistischen Länder führen keine Kriege mehr miteinander, also erstens bin ich mit der Charakterisierung aller dieser Länder als imperialistisch nicht ganz einverstanden, aber lassen wir das beiseite, aber ich halte das nicht für gesichert, ob das nicht in Zukunft auch wieder so sein kann, und wir sind gut beraten, in die Geschichte zu gucken, an welchen Stellen eigentlich Demokratien mit all ihren Mängeln sich trotzdem entwickelt haben zu dem, was wir in der EU im Augenblick auch erleben, als Versuch sich als Zivilmacht mit viel Wunsch für Integration und ökonomische Einflussnahme in der Welt zu gerieren. Gut, da können wir natürlich auch jetzt sagen: Wenn wir denen jetzt nicht den militärischen Arm zugestehen, mischen wir gleichzeitig dabei mit, dass sie sich ausbeuterisch gegenüber anderen Ländern verhalten. Das, was sich die USA im Augenblick als Supermacht leisten können, hat damit zu tun, dass ihr wirtschaftlicher Stand eigentlich gar nicht so gut ist, wie sie es eigentlich gerne hätten. Einfache Antworten gibt es jedenfalls nicht, und ich glaube, wir müssen in der Friedensbewegung überlegen, wie nicht nur Gewalt reduziert und soziale Gerechtigkeit erhalten werden kann, sondern was sich politisch verändert hat in den letzten Jahren, indem wir uns vielleicht fragen: Welches sind denn die Kriterien, in denen u.U. Menschenrechtsverletzungen u.a. es gerechtfertigt

erscheinen lassen, auch eine positive Streitkräftebestimmung zu machen, und zwar nicht als Notanker für die, die ohnehin das Geld für die Rüstung ausgeben wollen, sondern uns selber einzuklinken in eine Diskussion darüber, wie auch andere, auch nichtimperialistische Akteure leider mit dem Thema Gewalt und Kriegsführung umgehen. Kriegsökonomien sind angesprochen, in Afrika. Es sind nicht nur die USA und die dicken Firmen, die so etwas machen, sondern es sind auch Strukturen und ethnische Gruppen, die aus einer Vielzahl von Geflechten heute zu Kriegsparteien geworden sind. Und wie man damit umgeht, wie man dieses wieder zurückbringt auf einen zivilen Weg, darüber muß man gemeinsam nachdenken.

W: Ich kann auf einige der vier, fünf Fragen nicht mehr eingehen, nur an einer Stelle ganz kurz: Im Zusammenhang mit Internationalismus habe ich bewusst nicht von attac, sondern von der globalisierungskritischen Bewegung – da ist attac nur ein winzig kleiner Teil davon – gesprochen. Damit meine ich nicht, dies sei eine internationale Bewegung, die aus vielen Ländern zusammengesetzt ist, sondern damit meine ich eine bestimmte Betrachtung des Problems, die von Anfang an eine internationalistische ist. Und das ist neu.

Der wesentlichere Punkt, auf den ich jetzt nur hinweisen kann, wir können ihn jetzt nicht mehr diskutieren, ist, dass wir diese ganze Diskussion führen auf dem Hintergrund einer manifesten Krise des Kapitalismus. Es handelt sich hier nicht um eine normale zyklische Krise z.B. der Überproduktion, sondern wir haben es mit einer Situation zu tun, wo die japanische Ökonomie seit 12, 13 Jahren so gut wie nicht mehr existiert, sondern ausschließlich schuldenfinanziert bei 10 Jahren Nullzins inzwischen liegt, mit einer Situation, wo die europäische Ökonomie trotz kleinerer Aufschwünge in den letzten zehn zwölf Jahren keinerlei Entwicklungsperspektiven entwickelt hat und wo die US-Ökonomie ohnehin ausschließlich schuldenfinanziert existiert und ausschließlich auf der militärischen Stärke des Landes basiert. Wir haben es also mit einer Krise des gesamten kapitalistischen Akkumulationsregimes zu tun, ich sage nicht des Modells, ich sage nicht die „finale Krise“ des Kapitalismus. Aber die Art und Weise, wie der Kapitalismus sich in den letzten 50 Jahren immer wieder erneuert hat, die funktioniert nicht mehr, und zwar definitiv nicht mehr. In dieser Situation gibt es keine Entwicklungsperspektive, weder für den Irak, nicht für Liberia und den Kongo und auch nicht für die BRD...

P: *...Was meinst du mit Entwicklungsperspektive...?*

W: ...Keine Perspektive auf sich selbst tragende ökonomische Entwicklung, bei der die Menschen anständig leben können. Wir leben in einer Situation, in der die Weltkarte von Gewinnern und Verlierern nicht mehr mit Nord-Süd oder mit einzelnen Ländern bezeichnet werden kann, sondern als Leopardenfell gezeichnet werden muss: Wenige reiche Inseln, und ein immer größer werdender armer Ozean. In dieser Situation ist es das gemeinsame Überlebensinteresse dieser reichen Inseln, sich gegen den Ozean

abzuschotten. Das meint Weltordnungskriege. Was in diesem Ozean passiert, ist denen so völlig scheißegal, ob die sich in Liberia abschlachten, interessiert keine Sau in den reichen Inseln. Da stecken wir mitten drin.

In einer Situation, in der die Märkte international zusammenbrechen, in der die kapitalistischen Ökonomien keine Entwicklungsperspektiven bieten und Alternativen im Moment auch noch nicht entwickelt sind, in einer solchen Situation kann es selbstverständlich nie falsch sein, an den konkreten Widersprüchen anzusetzen und auf diese Weise zu versuchen, die schlimmsten möglichen Entwicklungen zu verhindern. Das muss man tun, und das halte ich für völlig richtig, man darf nicht einfach alles laufen lassen. Aber man wird erst einen Ausweg finden, wenn man die Hegemonie des neoliberalen Denkens gebrochen hat, die meint, innerhalb des kapitalistischen Systems gibt es irgendein Ziel, auf das wir hinsteuern können. Wenn wir die nicht brechen, dann nützt uns das Gewinnen an einem oder 17 Widersprüchen gar nichts. In der SPD gewinnen die sogenannten Rebellen im Moment gerade bei einem oder zwei Punkten bei Hartz, bei der Riester-Rente haben sie beim Ausgleichsfaktor gewonnen, in Wirklichkeit haben sie sich die riesigsten Verschlechterungen mit der Riester-Rente eingekauft, die es in den letzten 40 Jahren in der BRD gab. Sie nützen uns nicht, diese kleinen Siege, obwohl ich dafür bin, dass wir darum kämpfen. Was wir tun müssen, ist die Gesamtorientierung ändern und die kapitalistische neoliberale Hegemonie insgesamt in Frage stellen. Corinna hat völlig recht, wenn sie sagt: Es gibt keine einfachen Antworten.

M: Es zeigt ja, dass da ein großes Fragezeichen steht, neben dem wir aber trotzdem weiter etwas tun werden.

C: Mir ist die Enthüllungsnummer einfach etwas zu altmodisch ...

D: Sollen wir das als Schlusswort stehen lassen? Mir hat das mit dem Fragezeichen gut gefallen. Das sollte uns aber nicht daran hindern, bei aller gelegentlichen Differenz in der Analyse über die Situation weltweit, europaweit, BRD-weit, uns zu wehren und uns mit anderen zusammenzutun gegen Aufrüstung und gegen sozialen Kahlschlag. Vielen Dank für Ihre Ausdauer.

Schlusswort Veranstalter: Vielen Dank an alle auf dem Podium. Nur noch kurz der Hinweis, dass morgen die Diskussion in verändertem Kontext weitergeht. Es geht morgen im Rahmenprogramm unserer Eine-Welt-Tage um die Menschenrechtssituation in Kolumbien. Menschenrechte und Globalisierung haben auch sehr viel miteinander zu tun, und „Menschenrechte“ ist auch einer der Begriffe, die uns spätestens seit dem Kosovokrieg gewissermaßen enteignet wurde. Übermorgen findet der letzte Thementisch zu Afrika statt.